



# C Bereiche der Entwicklungspolitik

Die Zusammenarbeit der Industrieländer mit den Entwicklungsländern zur Verbesserung der Lebensbedingungen setzte bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein. Heute drängen globale ökologische und soziale Probleme, insbesondere die weltweite Armut und die Klimaveränderung, auf gemeinsame Lösungen durch die Staatengemeinschaft. Es besteht aber auch ein starkes Eigeninteresse der Industrieländer an der Überwindung der Armut in der Welt: Länder auf dem Entwicklungspfad sind künftige Handelspartner, und Armut ist eine latente Gefahr für den Frieden und damit auch für die Erhaltung des erreichten Wohlstandes.

Im Laufe eines halben Jahrhunderts der Entwicklungszusammenarbeit haben sich mit dem Begriff „Entwicklung“ auch die Entwicklungsleitbilder und -strategien gewandelt.

# Entwicklungspolitik auf dem Weg zu nachhaltigen Zielen

Auch der Begriff Entwicklung und die Entwicklungsstrategien haben sich im Laufe der letzten 50 Jahre weiter entwickelt.

Viele Menschen sehen in der „Entwicklungshilfe“ den alleinigen Antriebsmotor für „Entwicklung“. Sie verkennen, dass Entwicklungsfortschritte und -erfolge vor allem den Eigenanstrengungen und -leistungen der Menschen in den Entwicklungsländern zu verdanken sind, die selbst den Hauptbeitrag für ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt erbringen (S. 178 ff.). Länder können zwar im Rahmen entwicklungspolitischer Maßnahmen von außen finanziell, personell und fachlich unterstützt werden, doch der entscheidende Beitrag zu ihrer Entwicklung kann nur von ihnen selbst ausgehen.

Die **Eigenanstrengungen** der Entwicklungsländer werden von außen durch Politikberatung, Anstöße zur Mobilisierung und Stärkung von Eigeninitiative, durch Unterstützung von Demokratisierungsprozessen (z.B. Mehrparteienwahlen, Meinungs-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, Gleichstellung der Geschlechter), durch Mithilfe beim Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen und marktwirtschaftlicher Strukturen, durch Verbesserung der Bildungs- und Gesundheitssektoren oder Ausbau von Infrastruktur usw. unterstützt.

Hilfe von außen bleibt allerdings wirkungslos, wenn durch unfähige Regierungen und Korruption notwendige Maßnahmen unterbleiben und Gelder im Sand versickern oder Erreichtes durch Bürgerkriege, Unruhen usw. wieder vernichtet wird. Oft sind Konflikte zwischen neuen und traditionellen Entwicklungen und Strukturen bzw. Bevölkerungsverdichtung oder Streit um Bodenschätze die Auslöser für solche Tragödien, die viele Opfer fordern und den Frieden bedrohen (können).

**Konfliktprävention und Friedenssiche-**

**rung** sind daher wichtige entwicklungspolitische Ziele.

Entwicklungsprozesse können aber auch durch unfaire außenwirtschaftliche Bedingungen wie die staatliche Förderung von Agrarexporten der Industrieländer beeinträchtigt oder gar verhindert werden. Zum Beispiel untergräbt die Subventionierung der US-amerikanischen Baumwollexporte die Wettbewerbsfähigkeit der westafrikanischen Bauern, die auf ihrer Baumwolle sitzen bleiben. Subventionierte Fleisch- und Butterexporte der EU in afrikanische Entwicklungsländer nehmen den dortigen Bauern notwendige Entwicklungschancen (A17, A24). Der Abbau solcher Handelshemmnisse – eine Aufgabe der laufenden 9. Welthandelsrunde der WTO – ist dringend geboten, damit Entwicklungsprozesse sich entfalten können.

## Wandel des Begriffs „Entwicklung“

Versuchen Sie einmal, in Worte zu fassen, was Sie unter „Entwicklung“ verstehen. Und nun stellen Sie sich vor, Sie würden afrikanische oder asiatische Altersgenossen und Altersgenossen nach Entwicklungszielen fragen. Deren Antworten würden sich erheblich von Ihren unterscheiden! Am Ende dieses Kapitels werden Sie erklären können, warum es so unterschiedliche Meinungen darüber gibt, was Menschen unter Entwicklung verstehen.

Der Begriff Entwicklung ist nicht allgemeingültig definiert, er ist wertbesetzt, seine Bedeutung hängt von vielen Faktoren ab: zum Beispiel vom Standort, dem Zeitpunkt, den politischen, wirtschaftlichen, sozialen, historischen und ökologischen Rahmenbedingungen der jeweiligen Betrachtung, von den subjektiven

Erfahrungen, den spezifischen Interessen, den religiösen, kulturellen, politischen, sozialen Prägungen, der natürlichen Umwelt des Betrachters usw. Entsprechend wandeln sich auch die entwicklungspolitischen Leitbilder. Veränderungen der Entwicklungsbedingungen (z.B. politische Unabhängigkeit, Wandel der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Bevölkerungsdruck, Bürgerkrieg), gute oder schlechte Erfahrungen in der praktischen Entwicklungszusammenarbeit, neue wissenschaftliche Erkenntnisse usw. haben dazu geführt, dass sich Entwicklungsziele, -leitbilder und an ihnen ausgerichtete Entwicklungsstrategien innerhalb weniger Jahrzehnte geändert haben. Bewährtes wurde weiterentwickelt und durch neue Strategien ergänzt, Fehlentwicklungen wurden korrigiert.

Von Anfang an sind zum Teil massive **Einwände** gegen die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) erhoben worden. Richtete sich in den beiden ersten Entwicklungsdekaden die Kritik auf das Versickern der „Entwicklungshilfe“ in den Händen damaliger korrupter Machthaber („goldene-Betten“-Vorwurf), so betonen jüngere Kritiken die Nutzlosigkeit oder gar Schädlichkeit der EZ. Die Kritiken von B. Erler, U. Menzel, K. Esser und W. Easterly beruhen zum Teil auf Fehleinschätzung der Realität (Nuscheler 2005, S. 605 ff.):

- Es wird nicht berücksichtigt, dass zwischen dem Volumen der externen Hilfe und dem Umfang der Armut in der Welt ein eklatantes Missverhältnis besteht. Die jährlichen Finanzmittel aller Geberländer (2006: 104 Mrd. US-Dollar), zusammen nur um ein Drittel höher als der Haushalt von Nordrhein-Westfalen, reichen bei weitem nicht aus, die Armut von mehr als 2

Milliarden Menschen in der Welt zu überwinden.

- Offensichtliche Erfolge der EZ, z. B. im Gesundheits- und Bildungssektor (S. 104 ff., G31–G36; S.123 ff., G63, G64, G67), sind nicht zu bestreiten;
- die Kritiker übersehen, dass es bei der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit längst nicht mehr nur um die Entwicklungsländer geht, sondern dass die Menschheit insgesamt vor globalen Bedrohungen steht, die Industrie- und Entwicklungsländer zu gemeinsamem Handeln verpflichten und die EZ ethisch legitimieren.

Es lässt sich zwar nicht eindeutig belegen, welchen Anteil Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit an den unbestreitbaren Erfolgen hat, doch ohne ihre mobilisierende Wirkung wäre das Armutproblem weit größer. Die Entwicklungspolitik hat aufgrund jahrzehntelanger Erfahrungen und Lernprozesse Lösungsansätze zur Überwindung der drängendsten Weltprobleme erarbeitet; es fehlt aber immer noch der Wille anderer Politikressorts in Industrie- wie in Entwicklungs- und Schwellenländern, in kohärenter Zusammenarbeit diese Lösungsansätze in praktisches Handeln umzusetzen (C9, U20).

### Was ist Entwicklung?

Entwicklung ist Entwicklung von Menschen. Menschen sind sich selbst bestimmende, aufeinander angewiesene, miteinander kooperierende, manchmal auch gegeneinander agierende Wesen. Aus der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Naturbedingungen, aus verschiedenartigen Formen des Zusammenlebens, aus unterschiedlichen historischen, religiösen, sozialen und weltanschaulichen Prägungen ist eine Vielfalt von Kulturen entstanden. Kulturen haben sich verändert und weiter entwickelt. Stets waren es Menschen, die Veränderungsprozesse vorangetrieben haben, meist zum Nutzen, manchmal auch zum Schaden der eigenen Gesellschaft. Nach den deutschen Philosophen Leibniz und Kant bedeutet „entwickeln“ das Sich-Entfalten von Fähigkeiten durch eigenes Tätigsein. Sich entwickeln ist demnach in erster Linie ein Akt der Selbstbestimmung, des Selbst-Handelns und der Selbsthilfe. Hilfe von außen hat nur da ihre Berechtigung, wo sie Hilfe zur Selbsthilfe bringt. Probleme der Modernisierungsstrategien könnten damit zu erklären sein, dass Hilfe aus den Industrieländern von den dortigen Strukturen, Zielen und Möglichkeiten ausgeht und deshalb in anderen Rahmenbedingungen wirkungslos bleibt oder vielleicht sogar Konflikte erzeugt. Im Rahmen der Globalisierung können aber auch die wirtschaftlichen Aktivitäten transnationaler Firmen, der Import von landwirtschaftlichen Überschüssen reicherer Regionen oder der Anbau von *cash crops* für den Export die breite Bevölkerung in Entwicklungsländern in ihren selbständigen Bemühungen und Möglichkeiten beeinträchtigen.

Angesichts der großen globalen Unterschiede in den Rahmenbedingungen der einzelnen Länder, ihrer Kulturen, Interessen und politischen Ziele war es deshalb wichtig, für die Bemühungen der Entwicklungsländer ebenso wie für die zukunftsfähige Weiterentwicklung der Industrieländer gemeinsame übergreifende Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu setzen und international zu beschließen. Dies ist die Voraussetzung für die Wahrnehmung der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung für die Gegenwart und für die Zukunft auf diesem Planeten.

## Der Wandel der Entwicklungsleitbilder und -strategien

Mit der Welle der Unabhängigkeitserklärungen der ehemaligen Kolonialländer seit der Mitte der 1950er Jahre buhlten die beiden politischen Machtblöcke (Weltkarte S. 4) zur Stärkung ihrer Machtposition um die neu gegründeten Staaten. In den westlichen Industrieländern setzte eine gezielte Entwicklungspolitik zur Förderung dieser neuen Staaten ein. Gleichzeitig erfolgte eine Diskussion über geeignete Entwicklungsstrategien.

### Entwicklungsleitbild der 1950er und 60er Jahre: „Nachholende Modernisierung“

Die Zielvorstellung lautete: Die Volkswirtschaften der neuen Staaten möglichst schnell dem Entwicklungsstand der Industrieländer durch nachholende Industrialisierung und Modernisierung angleichen. Entwicklungsschwerpunkte bildeten Industrialisierung, Agrarreformen und der Ausbau der materiellen Infrastruktur (Verkehrswesen, Kommunikationssysteme) sowie der sozialen Infrastruktur (Bildungs- und Gesundheitswesen, Familienplanung). Man erwartete von diesem Maßnahmenbündel neben einer raschen Steigerung

des Bruttonettoprodukt\* (BSP) je Einwohner auch Umverteilungsprozesse, ein „Durchsickern“ der Einkommenszuwächse bis hin zu den ärmsten Bevölkerungsschichten („trickle down“-Effekt).

Als Vorbild für die Strategie der nachholenden Entwicklung und Modernisierung dienten die Entwicklungsverläufe der Industrieländer im 19. Jahrhundert sowie die Erfahrungen europäischer Industrieländer mit der Aufbauhilfe durch den Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg. Von massiver externer Unterstützung (Finanzielle und Technische Hilfe, Direktinvestitionen) erwartete man die Überwindung des „Teufelskreises der Armut“ in den Entwicklungsländern, d. h. die Fähigkeit, durch wirtschaftliches Wachstum die inländische Sparrate zu steigern, um den Mangel an Kapital, das für die weitere Industrialisierung nötig ist, zu überwinden.

Schon am Ende der 1960er Jahre stellte sich heraus, dass die Entwicklung in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich verlief. In einigen Ländern erwies sich die Strategie der nachholenden Entwicklung

durch Modernisierung als sehr erfolgreich. Beispielhaft dafür stehen die vier „Kleinen Tiger“ (Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur), denen in dieser Phase ein großer Entwicklungssprung gelang. Bei der großen Mehrzahl der Entwicklungsländer blieben jedoch die erwarteten Erfolge aus. Und selbst ein statistisch messbares Wirtschaftswachstum in etlichen Entwicklungsländern verbesserte das Los der armen Bevölkerungsgruppen kaum.

Langsam reifte die Erkenntnis, dass wirtschaftliches Wachstum allein noch keine umfassende Entwicklung bewirken kann, an der *alle* teilhaben. Das *Verteilungsproblem* blieb ungelöst. Die Teilhabe der armen Bevölkerungsmehrheit an den Modernisierungsgewinnen wurde u. a. durch post-feudale Strukturen und durch die geballte wirtschaftliche und politische Macht der Eliten verhindert, zumal in den meisten Kulturen ein westliches Gleichheitsverständnis nicht einmal im Ansatz ausgebildet ist. Zwischen den dualen Wirtschaftsstrukturen – traditionelle Subsistenzwirtschaft und Kleingewerbe einerseits, moderner industrieller Sektor andererseits – vertieften sich die Gräben. Große Prestigeprojekte wie Stahlwerke

\* Heute wird statt Bruttonettoprodukt allgemein der Begriff Bruttonationaleinkommen (BNE) verwendet.

und Staudämme, die in manchen Ländern errichtet wurden, ohne ihre langfristige Rentabilität und ihre Funktion für das Allgemeinwohl zu prüfen, sowie Luxusimporte für die neuen Herrscher erhöhten das Konfliktpotenzial. Es kam zu ethnischen und sozialen Spannungen sowie zur Entstehung von Rebellenbewegungen. Schließlich geriet die nachholende Modernisierung unter massive Kritik. Dazu trug insbesondere der 1969 erschienene Bericht der Kommission für internationale Entwicklung unter Leitung des ehemaligen kanadischen Außenministers Pearson („Pearson Bericht“) bei.

Die Kritik (C6, C7, C10) richtete sich insbesondere auf folgende Punkte:

- Das Wachstum des BSP reiche als alleiniges Merkmal zur Kennzeichnung von Entwicklung nicht aus, weil es den für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung wichtigen Verteilungsaspekt nicht berücksichtigt.
- Der Zuwachs an Volkseinkommen sickere nicht zur Bevölkerungsmehrheit durch, in erster Linie profitierten davon nur eine schmale Oberschicht und die städtischen Wachstumszentren.
- Genährt durch Fehlschläge in der praktischen Entwicklungszusammenarbeit wurde kritisiert, dass die modernisierungsorientierte Entwicklungsstrategie viele Faktoren ausblende, die für den Entwicklungsprozess von Bedeutung seien, z. B. Arbeit/Beschäftigung, Mitbestimmung, Benachteiligung der Frauen und Mädchen, Bildung, Gesundheit, Ernährung usw.
- Die Folgen des wirtschaftlichen Wachstums für die Umwelt blieben unberücksichtigt.
- Das rasche Modernisierungstempo überfordere die Menschen mancher außereuropäischer Kulturen; Entwicklung sei ein langer Prozess, der sich über Generationen hinziehe.

Aus der Kritik am Konzept der nachholenden Modernisierung entstanden in rascher Folge neue Strategien der Geberländer und auch Forderungen seitens der Entwicklungsländer:

- Die **Strategie der Befriedigung der Grundbedürfnisse**, die von den Industrieländern und den von ihnen dominierten internationalen Organisationen, dem IWF und der Weltbank, bevorzugt wurde;
- die Forderung der Entwicklungsländer nach einer **neuen Weltwirtschaftsordnung**;
- das Konzept der **Abkoppelung vom Weltmarkt** (self reliance);
- das **Konzept der angepassten Entwicklung** durch Hilfe zur Selbsthilfe.

### Entwicklungsleitbild seit Mitte der 1970er Jahre: „Befriedigung der Grundbedürfnisse“

Als Antwort auf die enttäuschten Erwartungen an die Modernisierungsstrategie entstand Mitte der 1970er Jahre das Konzept der Grundbedürfnisbefriedigung. Im Zentrum des neuen Leitbildes stand die Aufgabe, der wachsenden Masse der Armen Zugang zu den lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen zu verschaffen. Dazu zählten:

- **materielle Grundbedürfnisse:** Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheitsversorgung, Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, also notwendige Voraussetzungen für das Überleben.
- **immaterielle Grundbedürfnisse:** Bildung, Unabhängigkeit, Rechtssicherheit, Selbstbestimmung der eigenen Lebensverhältnisse, Mitbeteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen als notwendige Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben.

Das Konzept setzt Eigeninitiative, Mitbestimmung und -verantwortung der Armen voraus, damit sie sich aus ihrer Abhängigkeit befreien und aus eigener Kraft helfen können. Hilfe von außen war nur dann entwicklungspolitisch vertretbar, wenn sie sich auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Entwicklung und auf die Mobilisierung von Selbsthilfe beschränkte und Eigenanstrengungen verstärkte („**Hilfe zur Selbsthilfe**“). Vordringlich war die Überwindung von akuter Not, von Hunger und Obdachlosigkeit. Darüber hinaus haben Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, zur Grundbildung und Gesundheitsvorsorge sowie Kleinkreditprogramme Priorität.

Mit dem Konzept der Grundbedürfnisbefriedigung wurde die Modernisierungsstrategie der 1950er und 60er Jahre vom Kopf auf die Füße gestellt: Wirtschaftliches Wachstum gilt nicht mehr als Voraussetzung für die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse, vielmehr ist Letzteres die Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Daraus ergeben sich entwicklungspolitische Konsequenzen von erheblicher Tragweite:

- Das Konzept der Grundbedürfnisbefriedigung verlangt eine gerechtere Beteiligung der Armen am Volkseinkommen. Die Machteliten sind aufgefordert, armutsmindernde Reformen (insbesondere Bodenreformen) durchzuführen und dafür Wachstumsgewinne einzusetzen, statt diese für sich selbst zu beanspruchen.
- Die Industrieländer werden nicht aus ihrer Mitverantwortung entlassen, sondern

aufgefordert, die Entwicklungszusammenarbeit zu intensivieren und auf die Armutsbekämpfung zu konzentrieren. Viele wirtschafts- und entwicklungspolitische Maßnahmen der Industrieländer müssen überdacht werden:

- Verzicht auf Subventionierung von Agrarexporten aus Industrieländern in Entwicklungsländer, weil sie die dortigen Erzeugerpreise unterlaufen und damit deren landwirtschaftliche Entwicklung stören.
- Aufhebung der Beschränkungen für Agrarimporte in Industrieländer aus Entwicklungsländern, damit diese Exporterlöse erzielen können.
- Begrenzung der Nahrungsmittelhilfe auf Katastrophenfälle; Einkauf der Hilfsgüter vor Ort, damit die dortigen Agrarmärkte von Störungen verschont bleiben.

Die Grundbedürfnisstrategie richtet sich in vielen Entwicklungsländern auch auf den Konflikt zwischen arbeitsintensiven und kapitalintensiven (arbeitsparenden) Produktionsweisen. Die arme Mehrheitsbevölkerung braucht Arbeitsplätze zur Schaffung von Einkommen und Kaufkraft, sie braucht Einfachprodukte statt teurer, hochwertiger Güter. Eine dem Massenbedarf angepasste arbeitsintensive Produktion erfolgt überwiegend im informellen Sektor (Kleinhandwerk und -gewerbe, Abfallrecycling, Reparaturarbeiten, einfache Dienstleistungen usw.). Deshalb ist die gezielte Förderung dieses Sektors eine wichtige Aufgabe der Armutsbekämpfung.

Auch das **self-reliance-Konzept** und die **Strategie der angepassten Entwicklung** versuchten, von Modernisierungskonzepten nach dem Muster der Industrieländer und in Abhängigkeit von deren Vormacht auf den Weltmärkten wegzukommen. Entwicklung sollte aus den eigenen Kräften und unter Verzicht auf externe Abhängigkeiten, auf Importe und insbesondere auf die Hochtechnologie der Industrieländer initiiert werden. An Stelle der teuren wartungs-, schulungs-, energieintensiven anspruchsvollen Technologie des Westens sollte eine einfache, den Verhältnissen „angepasste“ Technologie entwickelt und eingesetzt werden.

### Probleme der monolinearen Strategien

Bei diesen Strategien hat sich mittelfristig das gleiche Phänomen wie bei allen einseitig angelegten Entwicklungsmaßnahmen gezeigt: Sie konzentrieren sich auf wenige Ziele und vernachlässigen dabei die Gesamtheit der Rahmenbedingungen, an de-

nen sie dann auch scheitern können. Oft gelang nicht einmal die Mobilisierung der Armen, für die solche Maßnahmen gedacht waren.

Dies gilt besonders dort, wo solche Strategien in Diktaturen mit Brachialgewalt durchgesetzt wurden. Das extreme Beispiel dafür ist China unter der „Entwicklungspolitik“ von Mao Zedong. Er verordnete Ende der 1950er Jahre den „Großen Sprung“, der nach kommunistischer Doktrin vor allem vom Aufbau einer Schwerindustrie ausgehen sollte. Das dafür benötigte Eisen wurde u.a. durch das Einsammeln und Einschmelzen aller privaten Kochgeschirre zusammengerafft, während Gemeinschaftsküchen oft noch gar nicht eingerichtet waren. Er schrieb gleichzeitig – gegen alle langfristige Erfahrung der Reisbauern – eine wesentlich höhere Pflanzendichte auf den Reisfeldern vor, die Missernten zur Folge hatte. Als 1960/61 auch noch Naturkatastrophen eintraten, fehlten jegliche Reserven und 20 bis 30 Millionen Menschen verhungerten.

Auch in weniger drastischen Fällen haben sich monolineare Strategien, die „alles auf eine Karte setzen“, als zumindest sehr riskant erwiesen. Das gilt letztlich für alle hier skizzierten Strategien, die einen bestimmten Zielbereich herausgriffen (oft durchaus verständlich aus aktuellen Fehlentwicklungen), damit aber ihrerseits massive Ungleichgewichte auslösten. Kommen dann weitere Risiken wie Ernteausfälle oder politische Unruhen hinzu, sind die knappen Ressourcen sehr schnell erschöpft, und die Existenz armer Menschen ist bedroht.

### Entwicklungsleitbild seit den 1990er Jahren: „Nachhaltige Entwicklung“

Aus den Erfolgen und Misserfolgen der monolinearen Strategien ergibt sich die Erkenntnis, dass Entwicklung in der ganzen Breite aller relevanten Faktoren und unter Beteiligung aller Menschen, insbesondere der Armen, erfolgen muss, wenn stabile Grundlagen entstehen sollen. Die Trennung zwischen scheinbar unantastbaren „Rahmenbedingungen“ und einem engen Maßnahmen- oder Zielbereich hat sich als nicht tragfähig erwiesen.

„Globale Entwicklung“ macht nur Sinn, wenn von Industrie- und Entwicklungsländern neben dem Ziel „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ gleichzeitig auch die Ziele „soziale Gerechtigkeit“, „politische Stabilität“ und „ökologisches Gleichgewicht“ berücksichtigt werden. Die Ressourcen



Angepasste Entwicklung: Brückenbau in Simbabwe ohne Maschinen

unseres Planeten und die Belastbarkeit seiner Ökosysteme sind begrenzt. Die Belastbarkeit der Natursysteme und schonender Ressourcenverbrauch müssen deshalb bei der Gestaltung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, auch bei der Armutsbekämpfung, unbedingt beachtet werden (C2, C8, C9; S. 134 ff.).

Die Weltkonferenzen von Rio 1992 und Johannesburg 2002 sowie die Ausrufung der Millenniums-Entwicklungsziele durch die Vereinten Nationen (S. 85) haben der Entwicklungspolitik eine neue programmatische Qualität verliehen. Das Drängen der Industrieländer, Umweltzielen die Priorität in der globalen Entwicklung einzuräumen, wurde dahingehend korrigiert, dass Umwelt und Entwicklung als gleich wichtige, voneinander abhängige (interdependente) globale Zieldimensionen anerkannt wurden.

So leicht der Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ über die Lippen geht und so häufig er gebraucht wird, so schwierig ist die Umsetzung dieses Leitbildes. Nachhaltige Entwicklung in den Dimensionen Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt und Politik ist eine höchst komplexe Aufgabe, weil diese Dimensionen im Entwicklungsprozess auf allen Handlungsebenen einen interdependenten Zusammenhang bilden, aber auch zueinander in Widerspruch stehen können.

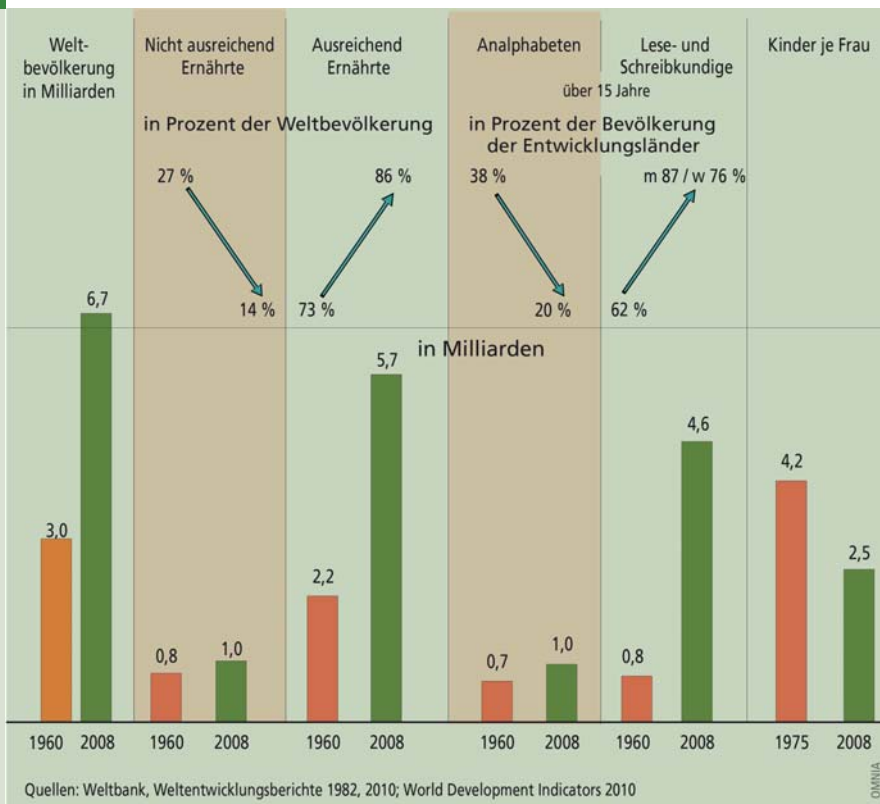
Nachhaltige Entwicklung ist kein Zustand, sondern ein Weg, ein Prozess, über den immer wieder neu entschieden werden muss und der ein neues Politikverständnis voraussetzt. Nationale und internationale Entwicklungspolitik müssen durch engagierte Bürgerbeteiligung (zivilgesellschaftliche Partizipation) unterstützt und ergänzt werden. Der Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und den Akteuren der Politik, Wirtschaft und Um-

welt ist für die Umsetzung und politische Akzeptanz von „sustainable development“ unabdingbar.

Unter dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung (*sustainable development*) haben sich die Aufgabenstellungen der Entwicklungspolitik erheblich ausgeweitet: Die notwendige Abstimmung mit den verschiedenen entwicklungsrelevanten Politikbereichen, eine effiziente Zusammenarbeit mit den Partnern im Süden und Osten sowie mit den Mitgliedstaaten der EU, den übrigen Industrieländern und den multilateralen Institutionen sowie die Koordinierung der verschiedenen Handlungsebenen (global bis lokal) stellen eine erhebliche Komplexitätssteigerung dar. Die weltweite Minderung der Armut als die zentrale Aufgabe globaler Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit ist nur lösbar als globale Strukturpolitik. Sie darf sich nicht auf die Minderung der Armut und auf die ärmsten Länder beschränken, sondern muss Armut fördernde strukturelle Verwerfungen (z. B. außenwirtschaftliche Benachteiligungen vieler Entwicklungsländer, wachsende Einkommensunterschiede, digitale Kluft, Umweltbelastungen) überwinden. Dabei sind vor allem die multilateralen Bemühungen auf der Ebene der UN und der anderen internationalen Organisationen gefordert (S. 183 ff.).

Trotz der Langwierigkeit dieser Prozesse sind bereits erfreuliche Entwicklungen sichtbar, z. B. die in den Industrieländern voranschreitende Entkoppelung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum (U49), die inzwischen auch Vorbild für NICs und Schwellenländer geworden ist, sowie das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls (S. 156 f., U40) und weitere zu erwartende Vereinbarungen im Klimabereich (S. 154 f., U31).

C1 45 Jahre Entwicklung



C2 Der strategische Lösungsansatz der nachhaltigen Entwicklung

Vor einigen Jahren startete der Bamberger Psychologieprofessor Dietrich Dörner ein interessantes Computerspiel. Dabei ging es um eine sehr ernst zu nehmende Sache:

Das Überleben eines afrikanischen Stammes unter schwierigen Bedingungen und das Gedeihen einer hessischen Kleinstadt in einer für die Mitte der neunziger Jahre typischen Ausgangssituation. Dietrich Dörner hatte das für die Entwicklung eines Gemeinwesens relevante Wissen in seinem Computer gespeichert und die Auswirkungen der verschiedenen Entscheidungen über längere Zeit „simuliert“. Dann wählte eine Spielgruppe den Häuptling eines Stammes bzw. den Bürgermeister einer Kleinstadt und man entwickelte, und zwar unter realistischen Ausgangsbedingungen, das Gemeinwesen.

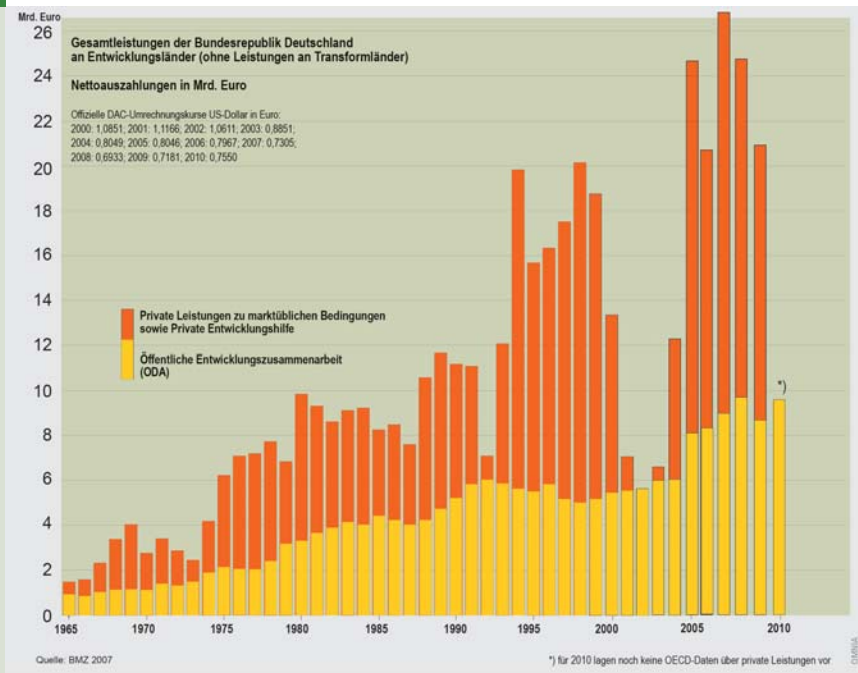
Bei keiner Spielgruppe währte die Überlebenschance des Stammes länger als 15 Jahre. Mal funktionierte das Gesundheitswesen ausgezeichnet, aber die Ackerböden waren total übernutzt, mal war es umgekehrt. Und die hessische Gemeinde war in null Komma nichts pleite, bei höchstkomfortablen Sozialleistungen. Grund hierfür war, dass die Spielgruppen bei auftretenden Problemen zu kurzfristigen Detaillösungen neigten und sich zu wenig Gedanken über die Folgewirkungen ihrer Maßnahmen machten. Erfolgreich aber ließen sich Stamm und Gemeinde nur managen, wenn man langfristig dachte, das Zusammenwirken mehrerer Faktoren über eine längere Dauer kalkulierte und dabei die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Handlungsfeldern berücksichtigte.

Genau hier liegt der strategische Lösungsansatz der Nachhaltigen Entwicklung, der die genannten Wechselwirkungen transparent macht. Er integriert die bisher getrennt betrachteten Handlungsfelder, um konkurrierende Ziele insgesamt optimaler erreichen zu können. Was sich sehr theoretisch anhört, hat ganz praktische Konsequenzen. Beispielsweise geht es in Zukunft darum, einen wirksamen Klimaschutz, also die Verminderung der Treibhausgase, mit einer zukunftsfähigen Energieversorgung intelligent zu verbinden.

Konkret heißt das etwa, dass wir mit einer effizienteren Nutzung von Energie, beispielsweise Autos mit geringem Spritverbrauch, und einem verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Der geringere Energieverbrauch führt zu einer verminderten Emission des Treibhausgases Kohlendioxid. Gleichzeitig vermindern wir damit die Abhängigkeit von Ölimporten und erreichen so ein zentrales energiepolitisches Ziel.

Quelle: Die Bundesregierung, Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Kurzfassung. Berlin 2002, S. 18 f.

C3 Gesamtleistungen an Entwicklungsländer



C4 Wir müssen die vielen Versprechungen wahr machen

Der Terrorismus muss von seinen Wurzeln her bekämpft werden. Das verlangt vor allem eine aktive, glaubwürdige Entwicklungspolitik, die Armut und Not in der Welt wirklich bekämpft. Wir müssen endlich die vielen Versprechungen wahr machen, die wir den armen Ländern gemacht haben... Der Westen muss endlich begreifen, dass sein Reichtum nicht zu halten

oder gar zu mehr ist, ohne dass die Armen Hoffnung und eine Perspektive erhalten. Nur so können wir verhindern, dass der Terrorismus wirklich ... zur Jahrhundertbedrohung wird.

Horst Köhler, Bundespräsident und ehem. Präsident des IWF, in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 30. 3. 2004

## C5 Entwicklungspolitik als internationale Gemeinschaftsaufgabe

Entwicklungspolitik ist eine zentrale Aufgabe für die Politik des 21. Jahrhunderts. Von den zur Zeit mehr als 6 Milliarden Menschen auf unserem Planeten leben rund 1 Milliarde mit weniger als einem US-Dollar pro Tag in extremer Armut. Unter die Grenze von 2 US-Dollar pro Tag fällt fast die Hälfte der Menschheit. Sie alle haben kaum Chancen, sich an gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Prozessen zu beteiligen.

Armut bedeutet menschliches Leid, verringert Entwicklungsmöglichkeiten, führt zu sozialen Unruhen und politischer Destabilisierung in vielen Regionen der Welt. Sie ist damit eine unmittelbare Bedrohung der internationalen Sicherheit. Der Abbau der Kluft zwischen Arm und Reich ist ein Gebot der Gerechtigkeit, der politischen Verantwortung und des gemeinsamen Interesses an einer sicheren Zukunft.

Die Globalisierung bietet große Chancen, um weltweit mehr Wohlstand zu schaffen und Armut zu überwinden. Viele Menschen in den Entwicklungsländern können diese Chancen jedoch nicht nutzen, weil ihre Erzeugnisse noch

nicht wettbewerbsfähig sind, der Handel durch Subventionen verzerrt wird und/oder weil sie ihre Produkte wegen Behinderung des Marktzuganges nicht exportieren können. Die Reform globaler Strukturen, mit dem Ziel die Chancen des Globalisierungsprozesses gerechter zu verteilen und seine Risiken zu begrenzen, ist somit eine grundlegende Voraussetzung für die Verringerung der weltweiten Armut. Andererseits kann Globalisierung nur Wohlstand schaffen, wenn Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in den Entwicklungsländern entsprechend vorbereitet sind. Dies ist nicht der Fall, wenn es in einem Land an institutionellen und rechtlichen Voraussetzungen einer demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung fehlt, Korruption oder kriegerische Auseinandersetzungen vorherrschen. Die Voraussetzungen bei sich zu verbessern, ist in erster Linie Aufgabe der Länder selbst. Doch sie dürfen und können damit nicht allein gelassen werden.

Quelle: BMZ, Medienhandbuch 2006/2007. Bonn 2006, S. 171

## C6 Vielfältige Dimensionen von Entwicklung

... Zum Zweiten gilt es, Entwicklung in ihren vielfältigen Dimensionen zu sehen: Frieden, Wirtschaft, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Demokratie ... Im Grunde muss es bei Entwicklung um Folgendes gehen: Verbesserung des menschlichen Daseins, Beseitigung von Hunger, Krankheit und Unwissenheit und Schaffung produktiver Arbeitsplätze für alle. Erstes Ziel muss es sein, der Armut ein Ende zu setzen und die vorrangigen Bedürfnisse aller Menschen auf eine Weise zu decken, dass dies auch von künftigen Generationen produktiv fortgeführt werden kann ...

Quelle: Agenda für Entwicklung der Vereinten Nationen vom 11. November 1994

## C7 Wachstum sickert nicht durch

### Ein Text aus dem Jahr 1973

Bei allen unbestreitbaren Einzelerfolgen im wirtschaftlichen Wachstum, in der Industrialisierung und Agrarproduktion, ist es nicht gelungen, die große Mehrheit der in traditionellen Verhältnissen lebenden Bevölkerung in der Dritten Welt angemessen am Entwicklungsprozess zu beteiligen ... Wenn wir heute erkennen, dass nicht allein die eingesetzten Mittel unzureichend waren, sondern auch die Ziele und Methoden der Entwicklungspolitik neu durchdacht werden müssen, fällt unser Blick vor allem auf die traditionelle Bevölkerung. Sie ist die schweigende und mehr und mehr leidende Mehrheit geblieben. Kaum irgendwo ist es gelungen, sie wirklich an der Entwicklung zu beteiligen... Die Länderdurchschnitte der Zuwachsraten täuschen über die wirklichen Vorgänge hinweg.

Ja, die Probleme werden dadurch weitgehend verfälscht, weil der Zuwachs in den meisten Ländern nur ganz begrenzte Teile der Wirtschaft und nur eine kleine soziale Schicht betrifft, während die Masse der traditionellen ländlichen Bevölkerung wenig oder gar nicht daran beteiligt ist, sodass die Abstände nur weiter vergrößert werden...

Alles in allem vollzieht sich in vielen Ländern ein sozialer Auflösungsprozess, bei dem ländliche Selbstversorger in städtische Arbeitslose umfunktioniert werden. So wachsen die Dualismen und sozialen Gegensätze beängstigend. Und während wir von den zwei Teilen der Menschheit sprechen, von reichen und armen Ländern, von Völkern mit hochentwickelter und schwach entwickelter Wirtschaft, entsteht eine viel größere Kluft innerhalb vieler Völker: eine Kluft zwischen Menschen, die voll an der modernen Entwicklung teilnehmen, und vielen anderen, die im Dunkel zurückbleiben, ja sogar noch ihre traditionellen Existenzgrundlagen verlieren.

Quelle: O. Matzke/H. Priebe, Entwicklungspolitik ohne Illusionen. Stuttgart/Berlin/ Köln/Mainz 1973, S. 7, 9, 12, 13

## C8 Nachhaltige Entwicklung ist Leitbild für langfristige Reformprozesse

Die Entwicklungspolitik will im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit zu nachhaltiger Entwicklung beitragen. Dies verlangt auch auf Seiten der entwicklungspolitischen Institutionen Lernprozesse und eine Weiterentwicklung ihrer Dienstleistungen, denn nachhaltige Entwicklung ist in erster Linie ein Leitbild für einen langfristigen Reformprozess.

Das Leitbild Nachhaltige Entwicklung folgt aus der Erkenntnis, dass wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die Erhaltung der Ökosysteme miteinander zusammenhängen: Das eine darf nicht auf Kosten des anderen gehen, sondern wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele müssen miteinander integriert werden. Es handelt sich also nicht um ein ökologisches, sondern um ein übergreifendes Entwicklungsleitbild. Anstatt die „Grenzen des Wachstums“ und damit Verzicht und letztlich Konfrontation zu betonen, setzt nachhaltige Entwicklung auf Vorsorge, Effizienzsteigerung, Integration, Innovation und Kooperation in einem partnerschaftlichen Aushandlungsprozess.

Der „Erdgipfel“ von Rio brachte 1992 mit der Agenda 21 ein Aktionsprogramm hervor, das neben der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen auch Armutsbekämpfung, Veränderung der Konsumgewohnheiten, Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik ebenso wie Demokratisierung und die Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen umfasst. Nur in diesem übergreifenden Sinn kann nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene als Leitbild Akzeptanz finden.

Die Erfahrungen seit Rio zeigen allerorten, dass die Umsetzung des Paradigmenwechsels zu nachhaltiger Entwicklung in der Praxis ein mühsamer Prozess ist. Hierfür gibt es eine Reihe von Gründen.

Das Leitbild bietet Leitplanken für einen Aushandlungsprozess, aber kein konkretes Ziel. Dieser Prozess berührt Interessenlagen und

Machtkonstellationen, er findet in einem Konfliktterrain statt. Er stellt hohe Ansprüche an die Verhandlungs-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit aller Interessengruppen, an die Bildung von Allianzen und an institutionalisierte Bahnen, in denen ein solcher Prozess fair organisiert werden kann.

Einer langfristigen Perspektive stehen kurze Wahlperioden, Jahresabschlüsse in Unternehmen, akute Armut und Handlungszwänge aufgrund kurzfristiger Ereignisse gegenüber. Insbesondere die geforderte Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch die Berücksichtigung der Belange armer und benachteiligter Gruppen stoßen deshalb häufig auf Blockaden.

Nachhaltige Entwicklung beruht auf einem ganzheitlichen und globalen Problemverständnis. Praktisches Handeln in Politik und Wirtschaft ist aber nach wie vor weitgehend sektoral organisiert. Sektorübergreifende Strukturen und Abstimmungsmechanismen sind häufig zu schwach, um dieses Defizit zu kompensieren.

Nachhaltige Entwicklung erfordert Entscheidungen und Veränderungen auf der globalen, auf der nationalen und auf der lokalen Ebene. Immer wieder muss geklärt werden, welche Fragen auf welcher Ebene am besten zu behandeln sind, und wie die Kohärenz zwischen diesen Ebenen verbessert werden kann. Nachhaltige Entwicklung geht deshalb einher mit Globalisierung und Dezentralisierung.

Wenn wir im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten wollen, dann müssen wir uns nicht zuletzt auch daran messen lassen, inwieweit unsere Arbeit dazu beiträgt, diese und andere Hürden schrittweise abzubauen.

Quelle: St. Paulus, Nachhaltige Entwicklung erfordert übersektorales Handeln. Die Erfahrungen der GTZ. In: E+Z 2002:4, S. 108

## C9 Erklärung von Johannesburg über nachhaltige Entwicklung

### Unser Weg von den Anfängen in die Zukunft

1. Wir, die Vertreter der Völker der Welt, versammelt auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung vom 2. bis 4. September 2002 in Johannesburg (Südafrika), bekräftigen unser Bekenntnis zur nachhaltigen Entwicklung.

2. Wir verpflichten uns, eine humane, gerechte und fürsorgende globale Gesellschaft aufzubauen, die der Wahrung der Würde aller Menschen stets eingedenk ist...

5. Daher übernehmen wir gemeinsam die Verantwortung dafür, die interdependenten, sich gegenseitig stützenden Säulen der nachhaltigen Entwicklung – wirtschaftliche Entwicklung, soziale Entwicklung und Umweltschutz – auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene auszubauen und zu festigen...

### Von Stockholm über Rio de Janeiro nach Johannesburg

8. Vor 30 Jahren in Stockholm waren wir uns einig, dass wir uns dringend mit dem Problem der Umweltzerstörung auseinandersetzen müssen. Vor zehn Jahren kamen wir auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro überein, dass der Umweltschutz sowie die soziale und wirtschaftliche Entwicklung grundlegende Voraussetzungen einer auf die Grundsätze von Rio gestützten nachhaltigen Entwicklung sind. Um diese zu verwirklichen, verabschiedeten wir das globale Programm „Agenda 21“ und die Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung, auf die wir uns erneut verpflichten. Die Konferenz von Rio war ein wichtiger Meilenstein, mit dem eine neue Agenda zu Gunsten der nachhaltigen Entwicklung festgeschrieben wurde...

### Die Herausforderungen, vor denen wir stehen

11. Wir erkennen an, dass die Beseitigung der Armut, die Veränderung der Konsumgewohnheiten und Produktionsweisen sowie der Schutz und die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcenbasis, auf der die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aufbaut, die übergeordneten Ziele und die wesentlichen Voraussetzungen einer nachhaltigen Entwicklung darstellen.

12. Der tiefe Graben, der die Menschheit in Arm und Reich spaltet, und die ständig wachsende Kluft zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern stellen eine große Bedrohung für die weltweite Prosperität,

Sicherheit und Stabilität dar...

14. Mit der Globalisierung haben diese Probleme eine neue Dimension gewonnen. Die rasche Integration der Märkte, die Mobilität des Kapitals und die erhebliche Zunahme der weltweiten Investitionsströme haben neue Herausforderungen und Chancen für die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung geschaffen. Der Nutzen und die Kosten der Globalisierung sind jedoch ungleich verteilt, und die Entwicklungsländer sehen sich besonderen Schwierigkeiten bei der Bewältigung dieser Herausforderung gegenüber...

### Unser Bekenntnis zur nachhaltigen Entwicklung

21. Wir wissen, dass die globale Gesellschaft über die Mittel und die Ressourcen verfügt, um die Herausforderungen der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung zu bewältigen, denen sich die gesamte Menschheit gegenüber sieht. Wir werden gemeinsam zusätzliche Schritte unternehmen, um zu gewährleisten, dass diese vorhandenen Ressourcen zum Wohle der Menschheit eingesetzt werden...

30. Wir verpflichten uns, die Regierungs- und Verwaltungsführung auf allen Ebenen zu stärken und zu verbessern, damit die Agenda 21, die Millenniums-Entwicklungsziele und der Durchführungsplan des Gipfels wirksam umgesetzt werden können.

### Die Zukunft gehört dem Multilateralismus

31. Wenn wir unsere Ziele der nachhaltigen Entwicklung erreichen wollen, benötigen wir wirksamere und demokratischere internationale und multilaterale Institutionen mit erhöhter Rechenschaftspflicht...

### Vom Plan zur Tat

35. Wir verpflichten uns, gemeinsam zu handeln, geeint durch unsere Entschlossenheit, unseren Planeten zu retten, die menschliche Entwicklung zu fördern und allgemeinen Wohlstand und Frieden zu schaffen.

Quelle: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, New York. Dokumente und Veröffentlichungen der Vereinten Nationen in deutscher Sprache.  
[www.un.org/Depts/german/conf/jhnsnrg/a.conf.199-20.pdf](http://www.un.org/Depts/german/conf/jhnsnrg/a.conf.199-20.pdf) (Zugriff 4. 9. 2007)

## C10 Entwicklung ist mehr als Grundbedürfnisbefriedigung

### Aus der Erklärung von Cocoyoc 1974

Als Erstes müssen wir überhaupt Ziel und Zweck von Entwicklung neu definieren. Es kann sich nur darum handeln, den Menschen, nicht die Dinge zu entwickeln. Menschen haben bestimmte Grundbedürfnisse: Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Gesundheit und Bildung. Jeder Wachstumsvorgang, der nicht zur Befriedigung dieser Bedürfnisse führt ..., ist eine Verkehrung des Entwicklungsgedankens.

Wir befinden uns noch in einem Stadium, wo das Hauptanliegen der Entwicklung ist, wie weit die elementaren Bedürfnisse der ärmsten Teile in der Gesellschaft, die bis zu 40 % der Bevölkerung ausmachen können, befriedigt werden können. Hauptziel des wirtschaftlichen Wachstums sollte es sein, die Verbesserung der Lebensbedingungen dieser Gruppen sicherzustellen. Ein Wachstumsprozess, der nur der wohlhabenden Minderheit nutzt und die Gefälle zwischen den Ländern und innerhalb der Länder noch vergrößert, ist keine Entwicklung. Es handelt sich vielmehr um Ausbeutung...

Entwicklung soll sich nicht auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen beschränken. Es gibt noch andere Bedürfnisse, andere Ziele, andere Werte. Entwicklung heißt auch Freiheit der Meinung und deren freie Weitergabe, auch das Recht, Ideen und Anregungen zu geben und zu erhalten. Es besteht ein tiefes soziales Bedürfnis, an der Gestaltung der Grundlagen seiner eigenen Existenz mitzuwirken und einen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft der Welt zu leisten. Vor allem aber heißt Entwicklung auch Recht auf Arbeit, womit wir nicht nur meinen, einen Broterwerb zu haben, sondern Selbstverwirklichung in der Arbeit zu finden.

Quelle: Die Erklärung von Cocoyoc. Verabschiedet auf dem UNEP/UNCTAD-Symposium vom 8.–12. 10. 1974 in Cocoyoc/Mexiko. In: BMZ, Entwicklungspolitik. Materialien Nr. 49. Bonn 1975, S. 4

## C11 Wissen entscheidet

Wenn wir morgen besser leben wollen als heute, müssen wir die knappen Ressourcen in der Weise nutzen, dass unsere Bemühungen zu einer immer ertragreicheren Nutzung führen. Das setzt Wissen voraus.

Weltentwicklungsbericht 1998/99, S. 16

## Aufgaben

1. Erläutern Sie den Begriff „Entwicklung“.
2. Was verstehen Sie unter Grundbedürfnissen?
3. Stellen Sie die Strategie der nachholenden Modernisierung dar und begründen Sie deren ambivalente Ergebnisse.
4. Beschreiben Sie die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirt-

schaftsordnung und begründen Sie, woran deren Zustandekommen scheiterte. Beschaffen Sie sich die erforderlichen Materialien selbst (Internet [www.omnia-weltimwandel.de](http://www.omnia-weltimwandel.de)).

5. Begründen Sie, warum die Konzepte „Abkoppelung vom Weltmarkt“ und „angepasste Entwicklung“ nur wenig Beachtung fanden.

6. Erläutern Sie das Leitbild „Nachhaltige Ent-

wicklung“ und stellen Sie die Unterschiede zu den Vorgängerkonzepten dar.

7. Begründen Sie den mehrfachen Wechsel der Entwicklungsstrategien seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

8. Diskutieren Sie, wie Sie / Ihre Schule zur Realisierung des Leitbildes der Nachhaltigen Entwicklung beitragen können/kann.



# Die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer

Entwicklung kann nur gelingen, wenn ihr Antrieb „von innen“, aus den Aktivitäten und Ressourcen im Lande selbst kommt

Die eigenen Anstrengungen der Entwicklungsländer sind ihr bedeutendster Entwicklungsfaktor; sie vor allem verbessern die Lebensbedingungen der Bevölkerung, auch wenn in vielen Ländern die Privilegien der Oberschicht eine raschere Verbesserung der Einkommensverteilung noch behindern. Die wirtschaftliche Statistik mit ihren Durchschnittswerten kann also trügerisch sein, wenn nicht auch andere Indikatoren für den Lebensstandard beachtet werden. Es gibt allerdings von Land zu Land und von Region zu Region **erhebliche Unterschiede**.

- Viele Länder in Ost-, Süd- und Südostasien, in Lateinamerika und auch manche Länder in Afrika haben beeindruckende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschritte gemacht. Wo Regierungen entwicklungsfördernde Rahmenbedingungen schaffen, erwacht der Wille der Menschen, ihre Zukunft aus eigener Kraft zu gestalten. Wo Menschen eine Zukunftsperspektive haben, sind sie auch für Eigenanstrengungen motiviert und bereit, Leistungen für eine sicherere Zukunft zu erbringen.

- Das **Bruttonationaleinkommen** aller Entwicklungsländer ist in den letzten 5 Jahren im Durchschnitt um 5,3 % pro Jahr gewachsen, 2005 betrug es 9476,8 Mrd. Dollar, der Kaufkraft nach sogar das Dreifache. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug 2005 1746 Dollar, der Kaufkraft nach 5151 Dollar, es ist von 2004 auf 2005 um 7,8 % gewachsen. Besonders hervorstechend sind die Wachstumsraten bei den aufsteigenden Wirtschaftsgiganten Indien und China (C19–C23, A5, A8, A12).

**Wichtige wirtschaftliche Messgrößen** sind außerdem:

- **Außenhandel:** im Jahre 2006 exportierten die Entwicklungsländer Güter und Dienstleistungen im Werte von 4 Billionen (4000 Mrd.) US-Dollar. Während die

Entwicklungsländer lange Zeit nur Rohstofflieferanten waren, hat der Anteil verarbeiteter Waren (z. B. Textilien) erheblich zugenommen. Schwellenländer wie Indien sind darüber hinaus in der Lage, hochwertige Dienstleistungen (z. B. im IT-Bereich) zu exportieren (C20, C22).

- Die **Überweisungen von Wanderarbeitern** in ihre Heimatländer betragen 2005 232 Mrd. US-Dollar, davon flossen 167 Mrd. in Entwicklungsländer (nach Berechnungen der Weltbank). Sie sind ein weithin unterschätzter Beitrag zur Entwicklung, der vor allem den Vorteil hat, direkt bei den Familien anzukommen.

- Erst mit großem Abstand folgt an dritter Stelle mit einem Gesamtwert von 105 Mrd. US-Dollar die **öffentliche Entwicklungszusammenarbeit** (ODA) zwischen Industrie- und Entwicklungsländern (C48, C53, W58). Ihr Umfang wird gegenüber den beiden erstgenannten Faktoren meist überschätzt. 1990 machten ODA-Leistungen noch 1,4 % des Bruttonationaleinkommens aller Entwicklungsländer aus, 2004 nur noch 0,5 %.

- In etlichen Entwicklungsländern betragen die **Einnahmen aus dem Tourismus** (als Teil des Dienstleistungsexports) ein Mehrfaches des übrigen Außenhandels.

Diese Zahlen zeigen, dass die internationalen Bemühungen um die Chancen der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt Früchte tragen. Die Erlöse aus den Exporten sind das Rückgrat der selbstständigen Entwicklung dieser Länder, sie erreichen im Einzelfall das 30-fache der Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit.

Umfassende **Indikatoren für die reale Situation** der breiten Bevölkerung sind

- die **Lebenserwartung** als ein breites Indiz für die Lebensverhältnisse; sie ist von 55,6 Jahren 1970 auf 65 Lebensjahre 2004 gestiegen (63 Jahre für Männer, 67 Jahre für Frauen).

- die **Befriedigung der Grundbedürfnisse** wie Gesundheit, Wohnen, Ernährung, Wasser usw.; der Anteil unterernährter Menschen an der Gesamtbevölkerung der Entwicklungsländer ist von 27 % im Jahr 1960 auf 17 % im Jahr 2006 gesunken, und das obwohl die Bevölkerung in dieser Zeit insgesamt um mehr als eine Milliarde Menschen gewachsen ist. 2004 hatten in Entwicklungsländern 79 % der Bevölkerung Zugang zu sauberem Wasser, 1990 waren es erst 71 %.

- der Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze (weniger als 1 US-\$ pro Tag und Kopf). Hier ist ebenfalls ein **relativer Rückgang der Armut** festzustellen, von 29,6 % der Bevölkerung 1990 auf 18,4 % 2005. Durch das Bevölkerungswachstum ist die absolute Zahl der Armen aber immer noch unakzeptabel hoch bei über 800 Millionen im Jahr 2006. Zu Recht steht deshalb die Armutsminderung im Zentrum der Millennium Development Goals (S. 88).

Entwicklungserfolge beruhen in erster Linie auf der Kombination von guter Regierungsarbeit und beständigen Eigenanstrengungen der Bürger. Gute Regierungsführung sorgt für entwicklungsfreundliche Rahmenbedingungen; unter zielstrebigem, gradlinigem und auf das Wohl aller Menschen ausgerichteter Regierungsführung sind diese auch bereit, für den Aufstieg ihres Landes ihre ganze Kraft einzusetzen und notwendige vorübergehende Entbehrungen auf sich zu nehmen. Wo dagegen politische und soziale Bedingungen die Eigenanstrengungen behindern, können auch Unterstützung von außen und entwicklungsförderliche Außenhandelsbedingungen keine dauerhaften Erfolge bringen.

Ausführliche Beispiele erfolgreicher Entwicklungsländer (Botschana und Korea) auf der Internetseite [www.omnia-weltimwandel.de](http://www.omnia-weltimwandel.de).

C12 Meinungsvielfalt oder Meinungseinfalt?



C13 Afrika ernst nehmen

Manche erwecken den Eindruck, dass für Afrika viel, wenn nicht alles von den Entscheidungen der Staats- und Regierungschefs der G8 abhängt. Wer die Dinge so zuspitzt, setzt zuallererst die afrikanischen Reformanstrengungen seit 2001 herab und verkennt, welche neue Qualität der G8-Dialog mit Afrika genau seit diesem Zeitpunkt hat.

Die positiven ökonomischen und politischen Entwicklungen in Afrika (zum Beispiel Wirtschaftswachstum, niedrige Inflation, demokratische Wahlen, Rückgang von Konflikten) in den letzten Jahren sind das Ergebnis einer neuen Reformdynamik in Afrika. Es waren afrikanische Regierungschefs und Persönlichkeiten..., die durch die neu gegründete Afrikanische Union (AU) und die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) wichtige Voraussetzungen geschaffen haben:

- afrikanisches Selbstbewusstsein und gleichzeitige Anerkennung der Eigenverantwortung auch für Fehler der Vergangenheit;
  - Frieden und Sicherheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat werden als Voraussetzungen für Entwicklung anerkannt;
  - das frühere Nicht-Einmischungsgebot ist einer aktiven Regionalpolitik der AU gewichen.
- Die Ergebnisse dieser Reformanstrengungen sind teilweise bereits sichtbar, zum Beispiel im Engagement der AU in Darfur/Sudan und Burundi oder in der Durchführung von Peer Reviews in Ghana, Ruanda, Kenia und Mauritius. Aber natürlich ist auch offensichtlich, dass Afrika weiterhin großen Problemen gegenübersteht. Es kann nicht hingenommen werden, dass der Kontinent die Millenniums-Entwicklungsziele nicht erreicht und damit Millionen von Menschen ihrer Zukunft beraubt werden. Um dies zu verhindern, müssen die Reformanstrengungen in Afrika und ihre Unterstützung durch die G8 und andere Geber noch verstärkt werden. Aber dies muss beides Hand in Hand gehen, und genau dieses Prinzip der Gegenseitigkeit macht den bisherigen G8-Afrika-Dialog aus.

Mit der Verabschiedung des G8-Afrika-Aktionsplans 2002 haben die G8 manifestiert, dass sie die afrikanischen Reformanstrengungen politisch und materiell unterstützen wollen. Seitdem wurde sowohl der Dialog mit Afrika fortgesetzt als auch kritisch hinterfragt, wie dieser Anspruch umgesetzt wird.

Quelle: U. Eid, Afrika ernst nehmen. In: E+Z 6/2005, S. 229

zu AU auch: S. 44 und P42;  
zu NEPAD: P43, C16;  
zu Peer Review: C18

C 14 Politische Transformation in Subsahara-Afrika (Stand: Anfang 2005)

Demokratien <i>mehr als 8*</i>	Demokratien mit leichten Defekten <i>zwischen 7 und 8</i>	Demokratien mit erheblichen Defekten <i>zwischen 6 und 7</i>	Autokratien, Fassadendemokratien <i>zwischen 3 und 6</i>	Zerfallene Staaten / Postkonfliktstaaten <i>zwischen 1 u. 3</i>
Mauritius	Namibia	Malawi	Simbabwe	Angola
Botswana	Ghana	Uganda	Äthiopien**	Somalia***
Südafrika	Senegal**	Niger	Eritrea	Burundi**
	Benin	Sierra Leone	Guinea	Zentralafrikan. Republik**
	Mali	Burkina Faso	Ruanda**	Liberia**
	Madagaskar	Nigeria**	Kamerun	Elfenbeinküste**
	Sambia		Togo	DR Kongo**
	Mosambik		Tschad	
	Kenia			

\* Punktezahl von 10 möglichen Punkten

\*\* Durch regionale Rebellentätigkeit eingeschränktes Gewaltmonopol des Zentralstaates

\*\*\* Kein staatliches Gewaltmonopol

Quelle: Nach S. Schmidt, Wieviel Demokratie gibt es in Afrika? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 32–33/2006, S. 1 (leicht verändert)

C15 Afrikas Fortschritte

**Demokratie:** Zwischen 1990 und 2001 haben 44 von 48 afrikanischen Ländern demokratische Reformen und Mehrparteienwahlen durchgeführt.

**Nationale Strategien gegen die Armut:** In 30 Ländern Sub-Sahara-Afrikas werden derzeit unter Beteiligung der Zivilgesellschaft nationale Armutsbekämpfungsstrategien (Poverty Reduction Strategies – PRS) entwickelt und umgesetzt.

**Gesundheit und Bildung:** Durch Aufklärungskampagnen konnte in Uganda die HIV-Infektionsrate bei schwangeren Frauen von 30 Prozent im Jahr 1990 auf inzwischen unter fünf Prozent reduziert werden. In Tansania stieg der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Trinkwasser von 38 Prozent im Jahr 1990 auf 73 Prozent im Jahr 2002. In Mosambik können heute eine Million Kinder mehr als bisher zur Schule gehen. Das zeigt: In kurzer Zeit kann viel erreicht werden, wenn Reformen in den Entwicklungsländern und externe Unterstützung durch

Entschuldung, Handelsförderung und Entwicklungszusammenarbeit zusammenkommen.

**Regionale Zusammenarbeit:** Von zentraler Bedeutung für die regionale Zusammenarbeit sind die 2002 gegründete Afrikanische Union (AU) und das Panafrikanische Parlament (mit Sitz in Südafrika), ebenso die 2004 vereinbarte Zollunion innerhalb der East African Community (EAC).

**Friedenssicherung:** Miteinerneuen Sicherheitsarchitektur werden afrikanische Staaten im Rahmen der AU bis zum Jahr 2010 in der Lage sein, gewaltsame Konflikte effektiver zu verhüten, zu bewältigen und friedenserhaltende Einsätze durchzuführen. 2004 wurde der Friedens- und Sicherheitsrat als herausragende Institution afrikanischer Sicherheitspolitik gegründet.

Quelle: BMZ, Eine Region im Aufbruch. Afrika – Partner und Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Materialien Nr. 145, S. 3

Zitat

Wir schwarzen Südafrikaner hatten das Land, die Weißen die Bibel. Nachdem wir die Augen zum Gebet geschlossen hatten, war es umgekehrt: Die Weißen hatten das Land, wir die Bibel. Wahrscheinlich haben wir das bessere Los gezogen.

Desmond Tutu, geb. 1931, 1986 bis 1996 anglikanischer Erzbischof von Kapstadt, Südafrika, 1984 Friedensnobelpreisträger, seit 2003 Botschafter der Hilfsorganisation Oxfam

## C16 NEPAD – ein Neuanfang

Die „New Partnership for Africa's Development“ (NEPAD) wurde am 23. Oktober 2001 von 15 afrikanischen Staats- und Regierungschefs in Abuja, der Hauptstadt Nigerias, ins Leben gerufen. Mit dieser Reforminitiative, der inzwischen alle 53 Staaten der Afrikanischen Union (AU) angehören, ist auch in Afrika „ein Paradigmenwechsel“ vollzogen worden. Statt wie noch in den 1980er Jahren die Staaten des Westens mit Vorwürfen und Anschuldigungen wegen der Sklaverei und der kolonialen Ausbeutung vergangener Jahrhunderte anzuprangern, um daraus Forderungen für Schuldenerlass und deutliche Steigerungen bei Entwicklungshilfe sowie Technologietransfers abzuleiten, steht NEPAD für das erste afrikanische Wirtschaftsstrategie-dokument, das die Problemdiagnose des Westens für Afrikas Misere teilt. Das Bekenntnis zur Eigenverantwortung der afrikanischen Staats- und Regierungschefs kann als das zentrale Element von NEPAD gelten. Die Staatslenker akzeptieren Ziele wie Transparenz, Rechenschaftspflicht, Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung autonomer Institutionen, die stärkere Einbindung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die Priorität der Armutsbekämpfung, die Notwendigkeit von friedensschaffenden und -sichernden bzw. konfliktpräventiven Maßnahmen sowie die Bedeutung der Einhaltung zentraler Kriterien einer guten Regierungsführung. In Begrifflichkeit und Intention bekennt sich NEPAD damit zum entwicklungspolitischen Diskurs über Afrika, wie er seit Ende der Ost-West-Konfrontation in den internationalen Finanzinstitutionen und in der Gebergemeinschaft dominiert.

Die Ursprünge von NEPAD gehen auf den da-

maligen südafrikanischen Vizepräsidenten Thabo Mbeki zurück, der ... Mitte der neunziger Jahre nach einer eigenen Vision für die Zukunft seines Landes wie für die des Kontinents suchte. Er fand diese Vision in dem Leitbegriff von der „afrikanischen Renaissance“, die er seit 1996 beharrlich in den Mittelpunkt seiner Reden und offiziellen Äußerungen stellte.

Auch außenpolitisch machte sich Mbeki seit Mitte 1999 als Präsident Südafrikas daran, nach Verbündeten und Befürwortern seines Erneuerungsprogramms zu suchen. Mit ... den Staatspräsidenten von Nigeria, Algerien, von Ägypten und aus dem Senegal legte Thabo Mbeki Anfang 2001 den ersten Entwurf eines Strategiedokuments für die weitere Entwicklung des Kontinents, das „Millennium African Renaissance Programme“ (MAP) vor. Nach intensiven Konsultationen und der Integration weiterer programmatischer Entwürfe entstand daraus schließlich im Oktober 2001 die afrikanische Reforminitiative NEPAD, die auf einem Gründungsdokument beruht und inzwischen über ein Sekretariat mit 130 Mitarbeitern in Südafrika verfügt...

NEPAD stellt den selbstkritischen, aber auch selbstbewussten Versuch afrikanischer Staats- und Regierungschefs dar, sich den Globalisierungsprozessen zu öffnen und sich in erster Linie auf das endogene Entwicklungspotenzial und einen strukturierten Kontroll- und Selbstreinigungsprozess zu besinnen. Im Umfeld der Verkündung der Millenniumsziele und der Ereignisse vom 11. September 2001 hat NEPAD mit dazu beigetragen, der weiteren Marginalisierung Afrikas entgegenzuwirken.

Die Herausforderungen für NEPAD werden in

den nächsten Jahren darin bestehen, den Vorwurf des „Elitenprojekts“ weiter zu entkräften und die afrikanische Zivilgesellschaft umfassend in die Selbstüberwachung und die Beobachtung der politischen wie der sozioökonomischen Parameter einzubeziehen. Bisher sind noch zu viele afrikanische Staats- und Regierungschefs den nachhaltigen Beweis schuldig geblieben, dass Armutsbekämpfung und Entwicklungsorientierung ohne das Beachten aller Ziele einer guten Regierungsführung wirklich erreicht werden können...

Quelle: C. Jakubeit, Fünf Jahre NEPAD. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 32–33/2006, S. 21 und S. 25

## C17 Stadtentwicklung in China

14 Millionen Migranten drängen jedes Jahr vom Land in Chinas Städte. Sie treiben die Urbanisierung an, ebenso wie die Bauherren und Stadtplaner, die die Städte der Zukunft für das Reich der Mitte entwerfen. China befindet sich mitten in einer gewaltigen und rasanten Umwälzung von einem ländlichen Entwicklungsland in eine industrialisierte Stadtgesellschaft. Die Transformation wird das Leben hunderter Millionen Menschen beeinflussen. Bis 2020 sollen nach staatlichen Plänen etwa 60 % aller Chinesen – oder 800 Millionen – dauerhaft in Städten wohnen, bis 2050 rund 70 Prozent oder mehr als eine Milliarde Menschen.

In China liegen einige der weltgrößten Städte – darunter Shanghai (mit Vorstädten 17 Mio. Einwohner), Peking (mit Vorstädten 14,5 Mio.) oder die Yangtze-Metropole Chongqing (mit Vorstädten 30 Mio.). Im Perflussdelta an der Grenze zu Hongkong wachsen Städte, die erst vor gut zehn Jahren als Fertigungsstätten von Exportwaren für die ganze Welt aus dörflichen Strukturen wuchsen, rasant zu einer gigantischen Megalopolis mit Dutzenden Millionen Menschen zusammen. Im Perflussdelta liegt die Urbanisierungsrate schon heute bei 73 Prozent – und damit auf dem Niveau von Industrieländern.

Die Urbanisierung ist gewollt, um den Leuten bessere Einkommensmöglichkeiten zu bieten. Noch leben rund 780 Millionen Menschen – knapp 60 Prozent der Bevölkerung – auf dem Land. Viele haben kein Auskommen mehr in der Landwirtschaft. Die städtische Wirtschaft wiederum braucht die Migranten als Arbeitskräfte auf Baustellen, in Fabriken, im wachsenden Sektors. Die Migration fördert zudem das Wachstum. Städte erreichen eine höhere Produktivkraft als die ländliche Bevölkerung – und sie sorgen vor allem für mehr Konsum: Sie verdienen und kaufen mehr ein als Bauern und senden einen Teil des Lohns zu ihren Familien aufs Land, was auch dort den Wohlstand steigert. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen (netto) städtischer Einwohner in China betrug in 2004 mit ca. 1100 USD pro Jahr mehr als dreimal soviel wie das der ländlichen Einwohner (ca. 350 USD)... Bis 2050 werden mehr als 50 Städte über zwei Millionen Einwohner haben... Damit Chinas Urbanisierung Erfolg hat, muss sie Schritt halten mit der Industrialisierung. Kommen nicht genug Arbeitskräfte, hemmt

Fortsetzung auf Seite 181

## C18 Erfahrungen mit dem „African Peer Review Mechanism“

Ziel des „African Peer Review Mechanism“ ist es, Regierungen durch Regierungen anderer afrikanischer Staaten unter sanften Druck zu setzen, die im Rahmen von NEPAD festgesetzten Standards und Ziele, insbesondere die Kriterien einer „guten Regierungsführung“, auch einzuhalten. Zwar gibt es wie bei den Überprüfungen einzelner Politikfelder im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) keine harte Bestrafung bei Zuwiderhandlung. Dennoch kann der APRM das Verletzen der gemeinsam vereinbarten Normen und Prinzipien öffentlich machen und die betreffende Regierung notfalls an den Pranger stellen (*naming and shaming*). Der Vorteil dieses Verfahrens besteht darin, dass die Staaten, die sich freiwillig zur Mitarbeit bekannt haben, mit größerer Wahrscheinlichkeit die Forderungen und Empfehlungen ihrer afrikanischen Kollegen befolgen werden als die oktroyierten Maßgaben von IWF, Weltbank, EU oder den bilateralen Gebern. Die Konditionen werden nicht einseitig von außen festgelegt, sondern gemeinsam erarbeitet. Im positiven Sinne geht es mithin nicht um einen Sanktions-, sondern um einen Korrekturmechanismus, der nicht auf die Abstrafung von Regierungen zielt, sondern auf Hilfe, um Fehlverhalten zu korrigieren. Ob diese Zielsetzung auch erreicht werden

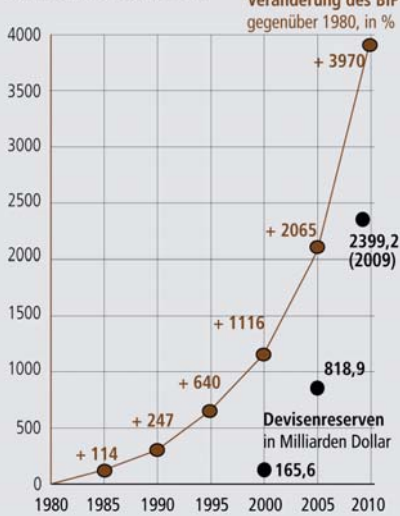
kann, lässt sich noch nicht beurteilen. Zweifel erscheinen zumindest angebracht. Dass die ursprünglich vereinbarten Zeitpläne für Beginn und Verlauf des Prozesses nicht eingehalten werden konnten, finanzielle und administrative Ressourcen für die Durchführung fehlen oder knapp sind und die Transparenz des Prozesses verbesserungsfähig erscheint, gehört zu den wohl unvermeidlichen Startproblemen einer solchen Initiative in Afrika. Immerhin beteiligen sich am APRM inzwischen 25 der insgesamt 53 NEPAD-Mitgliedsstaaten (Stand vom Frühjahr 2006).

Letztlich wird die Entscheidung über Erfolg oder Scheitern des APRM davon abhängen, ob alle Staaten des Kontinents APRM beitreten und wie die Regierungen und Zivilgesellschaften, die bisher erst in Ansätzen in den Selbstüberwachungsprozess einbezogen worden sind, auf die Kritik bzw. die Empfehlungen reagieren werden. Der APRM wird mit Unterstützung des Westens erst dann zu einer echten Erfolgsgeschichte werden, wenn es gelingt, die groben Verstöße und eigentlichen Problemfälle nicht nur offen zu benennen, sondern durch ein geschlossenes Vorgehen aller anderen Staaten des Kontinents auch zu beseitigen.

Quelle: C. Jakubeit, Fünf Jahre NEPAD. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 32–33/2006, S. 22 f.

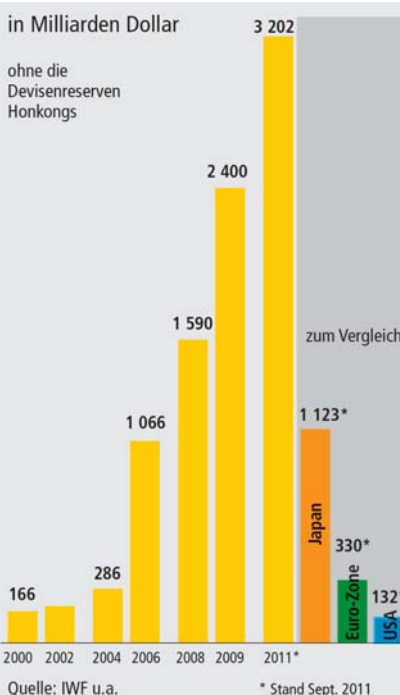
### C19 Der Riese ist erwacht

**Chinas Wirtschaftswachstum und Devisenreserven**



Quelle: IWF

### C21 Chinas Reserven an Devisen



Quelle: IWF u.a.

\* Stand Sept. 2011

Fortsetzung C17 von Seite 180

dies die Entwicklung neuer Fabriken und Betriebe. Überholt die Migration das Tempo des Wachstums, entstehen Slums. Neben den Migranten drängen auch viele ehemalige Beschäftigte geschlossener Staatsbetriebe auf den Arbeitsmarkt. Die registrierte Arbeitslosenquote liegt bei 4,5 Prozent; Schätzungen chinesischer Institutionen gehen bereits von realen 10 Prozent Arbeitslosigkeit aus.

Die Regierung hat erkannt, dass die rasante Urbanisierung zum sozialen und ökologischen Kollaps führen kann und unternimmt hohe Anstrengungen zur Verbesserung der urbanen Lebensqualität.

Quelle: GTZ, Nachhaltige Stadtentwicklung in China. Beiträge der deutschen TZ. Bonn 2005, S. 4 f.

### C20 Indien: „...die Zukunft der Welt“

Buddha und Bollywood, Kali und Computer Shiwa und Stahlindustrie – Indien hat unzählige, widersprüchliche Facetten. Während wandernde Bettelmönche durchs Land ziehen und heilige Kühe im Dickicht der Großstädte Respekt genießen, spielt das einstige Armenhaus der Welt in der globalen Ökonomie eine immer stärkere Rolle.

Offensichtlich hat Indien jetzt ein Stadium erreicht, in dem großer Optimismus herrscht. Weniger klar ist, wann genau der Stimmungsumschwung eingesetzt hat, wann wir aufgehört haben, uns als ein von korrupten Politikern regiertes Dritte-Welt-Land zu betrachten, das es nie schaffen wird...

Man spürte, dass Indien in Schwung gekommen war und, ungeachtet der politischen Entscheidungen, Erfolg haben würde. Zum Teil lag das natürlich an der Euphorie der Mittelschicht, die endlich zur globalen Konsumgesellschaft gehören durfte. Die Geschäfte quollen über von Waren, mit der Fernbedienung konnte man sich Dutzende von Satellitensendern ins Haus holen, und mit den zunehmenden Investitionen stiegen auch die Löhne. Bislang hatte man immer geglaubt, in Indien gebe es nur zwei Wege zum Reichtum: erben oder betrügen. Doch nun war bewiesen, dass jeder die Regeln befolgen und trotzdem reich werden konnte...

Die größten Erfolge wurden im IT-Sektor erzielt. Infosys zum Beispiel wurde in den 80er-Jahren von ein paar Computingingenieuren aus dem Mittelstand ohne unternehmerischen Familienhintergrund gegründet. Als dann der weltweite Softwaremarkt explodierte, wurde Infosys zum Global Player. Die Firmengründer, die in den 80er-Jahren jeweils 10 000 Rupien [etwa 230 Dollar] investiert hatten, besaßen plötzlich mehrere -zig Milliarden Rupien – und zwar ohne Bestechung und in Konkurrenz zu den besten Firmen der Welt. Gleichzeitig etablierten sie eine neue Firmenkultur in Indien: eine, in der geschäftliche Erfolge nicht abhingen von Erbschaft, politischen Kontakten, geschützten Märkten oder durch Bestechung erschlichenen Konzessionen...

Aber der eigentliche Stimmungswandel kam irgendwann zwischen 1995 und 2000. Wenn ich zurückdenke, fallen mir etliche kleinere Ereignisse ein, die, obwohl für sich genommen

nicht sonderlich wichtig, insgesamt jedoch den Eindruck erweckten, dass es voranging. Eines davon war Indiens plötzlicher Erfolg bei Misswahlen. Sushimita Sen wurde Miss Univer-sum...

Meiner Meinung nach war es eine Anhäufung kleinerer Erfolge dieser Art, gepaart mit dem Gefühl, endlich in der Welt angekommen zu sein; einem Gefühl, an der Globalisierung teilzuhaben, hervorgerufen durch internationale Satellitensender und ausländische Waren auf dem indischen Markt. Freilich trugen auch politische Ereignisse dazu bei. Wir besiegten Pakistan im Krieg um Kargil. Bill Clinton besuchte Indien – der erste amerikanische Präsident seit 1978; sonst flogen sie auf dem Weg nach Beijing immer über Delhi hinweg –, und er sagte, wir seien die Zukunft der Welt. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts hielten die meisten Inder ihre Zukunft nicht mehr für hoffnungslos. Wir wussten, dass keiner verhungern musste. Wir glaubten daran, dass unser Wohlstand weiter wachsen würde. Und wir spürten, dass die Welt auf uns schaute...

Indien gilt mit seiner jungen, tatkräftigen Bevölkerung als aufstrebende Wirtschaftsmacht – und das in einem Jahrhundert, in dem die Bevölkerung der westlichen Länder abnimmt und immer älter wird. Und während westliche Demografen in den 60er-Jahren Indien und China als Länder einstufte, in denen die Zeitbombe Bevölkerungsexplosion tickte, an der diese bestimmt zugrunde gehen würden, vertreten sie heute fast die gegenteilige Meinung. Nach gängiger Auffassung wird das neue Jahrhundert von Asien geprägt sein, von China und Indien...

Unser größter Aktivposten sind die Menschen. Unser Erfolg – und unser Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahrzehnten – basiert heute und in Zukunft auf der Dynamik und Energie unserer Jugend. Genau die jungen Leute, deren Geburt Sanjay Gandhi verhindern wollte, machen Indien weltweit zu einer führenden Wirtschaftsmacht.

Quelle: Vir Sanghvi und Rudrangshu Mukherjee, Vorwort zu „Indien einst & jetzt“. Bildband. Frederking & Thaler, München 2006

Sanjay Gandhi (1946–1980), Sohn von Indira Gandhi, wollte das Bevölkerungswachstum in Indien stoppen; alle Männer mit mehr als 2 Kindern sollten sich sterilisieren lassen.

### C22 Indien: Entwicklung für alle?

#### 200 Millionen Konsumenten

Mehr als sechs Prozent Wachstum in den kommenden Jahren prognostizieren Wirtschaftswissenschaftler für Indien... Besonders in der Softwareindustrie und im Dienstleistungssektor entstehen neue Arbeitsplätze. Dort unter anderem arbeiten die 100 bis 200 Millionen Konsumenten, die sich am Lebensstandard des Westens orientieren. Etwa zehn Millionen verdienen mehr als 1000 Euro monatlich und haben ihn tatsächlich erreicht. Exporteure in den USA, Europa und Asien reiben sich die Hände und sehen neue Absatzmärkte für Kühlschränke, Waschmaschinen, Autos, Versicherungen und Luxusgüter. Internationale Investoren versprechen sich so genannte komparative Kosten-

vorteile von vergleichsweise billigen, aber hoch qualifizierten Arbeitskräften, von niedrigen Umwelt- und Sozialstandards und verlagern ganze Produktionsstandorte nach Indien.

Aber auch die knapp 750 Millionen Inder, die von der Landwirtschaft leben, sollen, so die Theorie, von der Marktöffnung Anfang der 90er Jahre profitieren können. Vor allem mit den Errungenschaften westlicher Agrartechnik – zum Beispiel mit den Produkten der Gentechnik – soll ihnen ein Weg aus der Armut gewiesen werden. Diese Bilder dominieren heute die Vorstellungen über Indien – besonders im Ausland.

Fortsetzung auf Seite 182

**Inseln des Wohlstands im Meer der Armen**

Eine sechsspürige Straße führt von Neu Delhi nach Gurgaon, vorbei am internationalen Flughafen. In den vergangenen zehn Jahren ist Gurgaon regelrecht explodiert, die Einwohnerzahl hat sich vervierfacht: Mehr als 100 000 Menschen leben heute hier, vor allem Mittelständler, die dem Moloch Delhi entflohen sind, viele in 20-stöckigen Apartmenthäusern, inklusive Tennisplatz und Swimmingpool. Ihre Arbeitsstätten liegen gleich nebenan. Coca-Cola, Nokia, Hewlett Packard, General Motors, Nestlé, American Express, die Citibank und der Telefonkonzern Ericsson haben sich in Gurgaon niedergelassen. Hinter den glitzernden Glasfassaden ihrer Geschäftshäuser sind die Mitarbeiter und Konzernvorstände vom Elend der Straße gut abgeschirmt.

Auf staubigen Verkehrsinseln in Gurgaon hausen zwischen den Blechlawinen, die sich während der Rushhour im Schneckentempo fortbewegen, zerlumpte Kinder mit ihren Müttern. Sie betteln bei den Insassen der vorbeifahrenden Autos um etwas Geld. Ihre Gesichter sind fast schwarz vom Staub und dem Dieselruß, dem sie fortwährend ausgesetzt sind. Vor den Moskitoschwärmen, die mit Anbruch der Dämmerung Menschen und Tiere befallen, können sie sich in ihren Behausungen nicht schützen...

Die indische DLF-Group plant hier die größte Shoppingmall Indiens mit mehr als 37 000 Quadratmetern Verkaufsfläche und 10 000 Parkplätzen. Vor dem City Centre, einer Beton-Glas-konstruktion, die ebenfalls der DLF-Group gehört, sind private Sicherheitskräfte postiert, die auch die umliegenden Parkplätze überwachen. Für die Bettler von der Straße ist im City Centre kein Platz. Im Inneren sieht es wie in jeder anderen Shoppingmall der Welt aus, ausgenommen einer Hand voll Geschäfte, in denen indische Stoffe, Saris und Dhotis verkauft werden. Ansonsten das übliche Bild: Benetton, Adidas, Reebok und Nike, auf den langen Gängen der Shoppingmall findet man alle paar Meter einen Cola-Automaten und um die Ecke gibt es einen McDonald's.

Gurgaon und andere Vorstädte von Millionenmetropolen, ob von Neu Delhi, Haiderabad oder Bangalore, gelten als Insignien des aufstrebenden Indiens. Diese Orte symbolisieren aber knapp 60 Jahre nach seiner Unabhängigkeit auch die Widersprüche des zeitgenössischen Indiens: Auf der einen Seite bittere Armut, auf der anderen Seite Konsumtempel für die neue Mittelschicht...

Der Graben zwischen Arm und Reich wird tiefer und tiefer. Während sich die gehobene Mittelschicht und die Oberschicht immer mehr aus dem übrigen sozialen und nationalen Kontext herauslösen, sich als Bestandteil der internationalen, globalen Elite empfinden, wächst in den Slums der Großstädte, der einfachen Mittelschicht und ganz besonders unter der Landbevölkerung der Unmut über die jüngsten Entwicklungen.

Quelle: G. Klas, Zwischen Verzweiflung und Widerstand. Indische Stimmen gegen die Globalisierung. Hamburg 2006, S. 5-8

**C23 Erfolgreiche Inselökonomie Mauritius**

Mauritius hat seit den siebziger Jahren durch wirtschaftspolitische Weichenstellungen einen schnellen Wandel von der Zuckerökonomie zu einer relativ diversifizierten und dynamischen Wirtschaft durchgemacht. Die Inselrepublik mit einer Fläche von 1860 qkm und einer Bevölkerung von knapp 1,2 Millionen Einwohnern wandte sich nach einer kurzen Zeit der Import-Substitutions-Industrialisierung ab Ende der sechziger Jahre einer exportorientierten Wirtschaftspolitik zu. Diese hat Mauritius ein hohes Wirtschaftswachstum beschert und zu einem – für afrikanische Verhältnisse – hohen Pro-Kopf-Einkommen (2005: 5 260 US-Dollar) geführt. Entscheidend für den Erfolg des mauritischen Wunders sind folgende Grundbedingungen:

1. Umwandlung der Zuckerwirtschaft bei gleichzeitiger Nutzung der garantierten Zuckerabnahme durch Großbritannien und die Europäische Union.
2. Dynamische Entwicklung der Exportproduktionszone (EPZ) und Strukturwandel zu einem Dienstleistungszentrum.
3. Hoher Zufluss an Auslandsinvestitionen und Zuwanderung von ausländischen Experten und Unternehmern.
4. Hoher Ausbildungsstandard und gute Infrastruktur.
5. Hohe Investitionsquote und
6. Politische Stabilität.

Die Zuckerwirtschaft stellt immer noch ein wichtiges Standbein der mauritischen Wirtschaft dar. Das Land hat aber bereits in den siebziger

Jahren begonnen, eine EPZ aufzubauen. Diese hat einen rasanten Aufschwung genommen und zur Diversifizierung der Wirtschaft der Insel beigetragen. Es ist eine stetige Weiterentwicklung der EPZ festzustellen...

In den letzten zehn Jahren hat Mauritius ein im Großen und Ganzen positives Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Das wirtschaftliche Wachstum wird aller Voraussicht nach jedoch nicht mehr so hoch sein, da auf Mauritius qualifizierte Arbeitskräfte fehlen. Die Anwerbung billiger Arbeitskräfte aus China kann kurzfristig sicherlich einen Beitrag zur Sicherung der Exportfähigkeit für Textil- und Kleidungsexporte leisten, aber langfristig nicht zur notwendigen Anpassung der Industrie an die globalen Wettbewerbsbedingungen beitragen. Notwendig ist die Einwanderung von Experten, die dem Finanzplatz und Dienstleistungszentrum Mauritius neue Impulse geben können. Seit Jahren durchläuft Mauritius einen Strukturwandel, das Land hat sich den Herausforderungen der Liberalisierung und Globalisierung gestellt. Durch sinkende Terms of Trade, sinkende Exporteinnahmen... und noch nicht nachhaltige Erfolge der EPZ aber gerät das „Wunder Mauritius“ an seine Grenzen. Vor allem der Textilsektor war nicht in der Lage, in das Segment hochwertiger Bekleidung zu expandieren und sich nachhaltig als Anbieter in der globalen Wertschöpfungskette zu etablieren.

Quelle: Die Inselökonomie Mauritius. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 4/2005, S. 21

**C24 Außenhandel der EL**

	in % des Welthandels	
<b>Importe</b>	1990	2009
alle Entwicklungsländer	22,4	36,7
ärmste Länder (LDC)	4,9	13,9
Nordafrika / Naher Osten	3,6	5,7
Ostasien	7,4	14,8
Süd- und Südostasien	6,1	8,7
Lateinamerika / Karibik	3,5	5,4
Subsahara-Afrika	1,6	2,0
<b>Exporte</b>		
alle Entwicklungsländer	24,3	39,5
ärmste Länder (LDC)	5,2	14,9
Nordafrika / Naher Osten	4,5	6,4
Ostasien	8,0	16,8
Süd- und Südostasien	5,5	8,8
Lateinamerika / Karibik	4,1	5,5
Subsahara-Afrika	2,0	2,0
<b>Anteil Primärgüter am Export (1990/2004 %)</b>		
alle Entwicklungsländer	38	22
ärmste Länder (LDC)	64	66
Nordafrika / Naher Osten	73	75
Ostasien / Pazifik	23	11
Südasien	27	24
Lateinamerika / Pazifik	65	46
Subsahara-Afrika	73	70

Quelle: UNCTAD Handbook of Statistics 2010

**Aufgaben**

1. Vergleichen Sie den Wert der Exporte der Entwicklungsländer und die Höhe der Überweisungen der Migranten aus Entwicklungsländern in ihre Heimatländer mit dem Volumen der ODA (C48). Korrigieren Sie die (Fehl-)Einschätzungen des Umfangs und der Bedeutung von EZ. Was würden Sie den Kritikern der Entwicklungszusammenarbeit entgegen?
2. Nennen Sie Faktoren, die hemmend auf die Eigenanstrengungen der Menschen in Entwicklungsländern wirken. Wie lassen sich die bremsenden Faktoren überwinden?
3. Erläutern Sie, welche Faktoren zur Steigerung der Eigenleistungen der Entwicklungsländer beitragen (können).
4. Stellen Sie an Hand von Beispielen (C17, C19-C23; Internet) dar, worin die Eigenleistungen bestehen und welche Voraussetzungen sie begünstigt haben.
5. Legen Sie eine Tabelle über Eigenleistungen fördernde und behindernde Faktoren an und diskutieren Sie diese Faktoren.
6. Das Bild auf S. 163 unten ist ein Beispiel für die Wiederbelebung traditioneller Anbaumethoden (hier: Dammkultur). Erläutern Sie die Methode und begründen Sie ihre umweltschonende und Erträge steigernde Funktion. Versuchen Sie, mit Hilfe selbst beschaffter Materialien weitere entsprechende traditionelle Bodennutzungsverfahren zu „entdecken“.

# Die UN und ihre Organisationen

Die Erkenntnis, dass sich der Frieden in der Welt nicht allein durch bilaterale völkerrechtliche Verträge sichern lässt, führte 1945, kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, zur Gründung der Vereinten Nationen (United Nations, UN).

In San Francisco verpflichteten sich die 51 Gründungsmitglieder in der Charta der UN dazu, den Frieden in der Welt und die internationale Sicherheit zu wahren, die Menschenrechte zu achten, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu pflegen und die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, kulturellem, sozialem und humanitärem Gebiet zu fördern. Auf dieser Grundlage sind sie seitdem in vielfältiger Weise entwicklungspolitisch tätig (C26). Die UN sind aber keine Weltregierung, sie können also beispielsweise keine Gesetze erlassen, die für alle Staaten der Welt verbindlich sind. Sie stellen sich den großen Herausforderungen unserer Zeit dank ihres großen moralischen Gewichts. Ihre Unterorgane und Sonderorganisationen (C25, S. 184) sollten im Rahmen von „Global Governance“ eine immer wichtigere Rolle spielen; jedoch fehlen dafür bislang die Voraussetzungen. Die Vielzahl, Unübersichtlichkeit und unzureichende Koordination der UN-Einrichtungen verursachen Schwerfälligkeit, Verschwendung und Ineffizienz. Hinzu kommt eine der wichtigsten Strukturschwächen des UN-Systems, die finanzielle und organisatorische Autonomie der UN-Sonderorganisationen. Dadurch wird die Koordinierung der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit enorm erschwert (C25–C29).

## Programme und Fonds

Während die jährlich einmal tagende **Generalversammlung** (C26) und die Fachkommissionen des **Wirtschafts- und Sozialrats** vorrangig die Aufgabe entwicklungspolitischer Foren (z.B. Weltkonferenzen der 1990er Jahre [Kasten S. 187], Millenniums-Entwicklungsgipfel 2000) erfüllen, sind die **Programme und Fonds** der UN im operativen Bereich tätig. Im

Vordergrund steht die Technische Zusammenarbeit; sie dient der Steigerung der Leistungsfähigkeit von Menschen und Organisationen bzw. Institutionen, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Beratern.

Das **UNDP** (United Nations Development Programme) spielt für die Entwicklungszusammenarbeit der UN eine Schlüsselrolle. Als ihr zentrales Finanzierungs-, Koordinierungs- und Steuerungsgremium beauftragt es in der Regel Trägerorganisationen mit der Durchführung seiner Projekte. Schwerpunkte sind die Armutsbekämpfung, die Bekämpfung und Bewältigung von Krisen, der Aufbau demokratischer Regierungs- und Verwaltungsstrukturen, die Schonung und Regenerierung der Umwelt, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien, die Bekämpfung von HIV/Aids und anderer Infektionskrankheiten sowie die Unterstützung der Gleichstellung der Geschlechter. Das UNDP hat sich seit Mitte der 1990er Jahre weitreichenden Reformprozessen unterzogen. Der seit 1990 jährlich erscheinende *Human Development Report* (Bericht über die menschliche Entwicklung) ist ein kritischer Begleiter der globalen entwicklungspolitischen und -zusammenarbeit.

Andere wichtige Programme und Fonds sind das Kinderhilfswerk **UNICEF** (UN International Children's Emergency Fund), der Bevölkerungsfonds **UNFPA** (UN Population Fund), das Umweltprogramm **UNEP** (UN Environment Programme), das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars **UNHCR** (UN High Commissioner for Refugees) und die Handels- und Entwicklungskonferenz der UN **UNCTAD** (UN Conference on Trade and Development).

Zu den Nebenorganen der UN zählen u.a. der **Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus** und die **Internationa-**

**len Strafgerichtshöfe** für Ruanda und das ehemalige Jugoslawien sowie der **Rat für Menschenrechte**, der seit 2006 die frühere UN-Menschenrechtskommission ersetzt.

## Sonderorganisationen

Von großer Bedeutung sind die **Sonderorganisationen der UN**. Anders als die Programme und Fonds sind es autonome Körperschaften, die durch zwischenstaatliche Abkommen zu unterschiedlichen Zeitpunkten gegründet wurden. Mit den UN sind sie durch Kooperationsabkommen verbunden und bilden zusammen mit ihnen das **System der UN** (C25, S. 184). Als fachliche Sonderorganisationen fungieren die **FAO** (Food and Agriculture Organization), die **ILO** (International Labour Organization), die **UNESCO** (UN Educational, Scientific and Cultural Organization) sowie die **WHO** (World Health Organization).

Die UN Sonderorganisationen sind, jede in ihrem Bereich, auf drei Ebenen tätig:

- Sie wirken entscheidend bei der Entstehung von Normen, Standards, Empfehlungen usw. mit (z.B. befasst sich die ILO mit Arbeitsnormen wie Arbeitszeit, Entlohnung, Kinderarbeit usw.).
- Sie planen entwicklungspolitische Maßnahmen und setzen sie um (z. B. die FAO zusammen mit den UN das Welternährungsprogramm).
- Sie sind in den Bereichen Forschung, Dokumentation und Information tätig (Internationale Berichte, Fachstatistiken, Zeitschriften).

Entwicklungspolitisch haben die FAO, die WHO, die ILO, die UNESCO, die UNIDO (UN Industrial Development Organization) und der IFAD (International Fund for Agriculture Development) besondere Bedeutung. Einen herausragenden Status im System der UN haben der **Internati-**

onale Währungsfonds (IWF), die **Weltbank** und die **Welthandelsorganisation** (WTO). Während die fachlichen Sonderorganisationen nach dem Prinzip der Gleichberechtigung (1 Land = 1 Stimme) organisiert sind, wird bei IWF, Weltbank und WTO das Stimmrecht nach Kapitalanteilen bzw. nach Anteilen der Mitgliedsbeiträge gewichtet. Infolgedessen werden letztere von den OECD-Ländern dominiert (C28).

Der **IWF** hat vorrangig währungspolitische Aufgaben (Stabilität der Währungen, Förderung der internationalen währungspolitischen Zusammenarbeit, geordnete Währungsbeziehungen, Abbau von Zahlungsbilanzungleichgewichten). Seine entwicklungspolitische Bedeutung hat er in den vergangenen Jahrzehnten vor allem im Zusammenhang mit der Auslandsverschuldung vieler Entwicklungsländer erhalten. Die Schuldnerländer mussten wegen hoher Auslandsschulden die Zahlungsbilanzhilfen des IWF wiederholt in Anspruch nehmen. Diese setzen Stabilisierungsprogramme durch die jeweiligen Länder voraus, die häufig zu schweren so-

zialen Belastungen für die ärmeren Bevölkerungsgruppen führten (W57).

Die **Weltbank** (C30) setzt sich als Teilbereich der Weltbankgruppe aus der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (**IBRD** = International Bank for Reconstruction and Development) und der Internationalen Entwicklungsorganisation (**IDA** = International Development Association) zusammen. Die Hauptaufgabe der IBRD ist die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Entwicklungs- und Transformationsländern mittels langfristiger Darlehen zu marktnahen Bedingungen. Schwerpunkte sind die Armutsbekämpfung, der Umweltschutz und die Förderung privatwirtschaftlicher Entwicklung. Die IDA nimmt eine Schlüsselrolle bei der weltweiten Armutsbekämpfung ein.

Die **WTO** (World Trade Organization) wurde 1994 als Dachorganisation für die internationalen Handelsbeziehungen in der Nachfolge des **GATT** (General Agreement on Tariffs and Trade) gegründet. Ihre hohe entwicklungspolitische Bedeutung besteht in der Durchsetzung fairer

Handelsbedingungen für die, vor allem ärmeren, Entwicklungsländer. Die Nachteile, die die Entwicklungsländer durch Handelsverzerrungen jährlich erfahren, übersteigen den Wert der im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit geleisteten Hilfe (C28, A17, A24).

In den zurückliegenden Jahrzehnten hat die Entwicklungszusammenarbeit der multilateralen Organisationen des UN-Systems trotz mancher Schwächen erheblich zur Minderung der Armut in der Welt beigetragen. Im Zeichen massiv zunehmender Globalisierungsprozesse erweist sich dieses System jedoch aus mehreren Gründen als zu schwerfällig, um angemessen auf die Herausforderungen der Globalisierung antworten zu können (C26–C31):

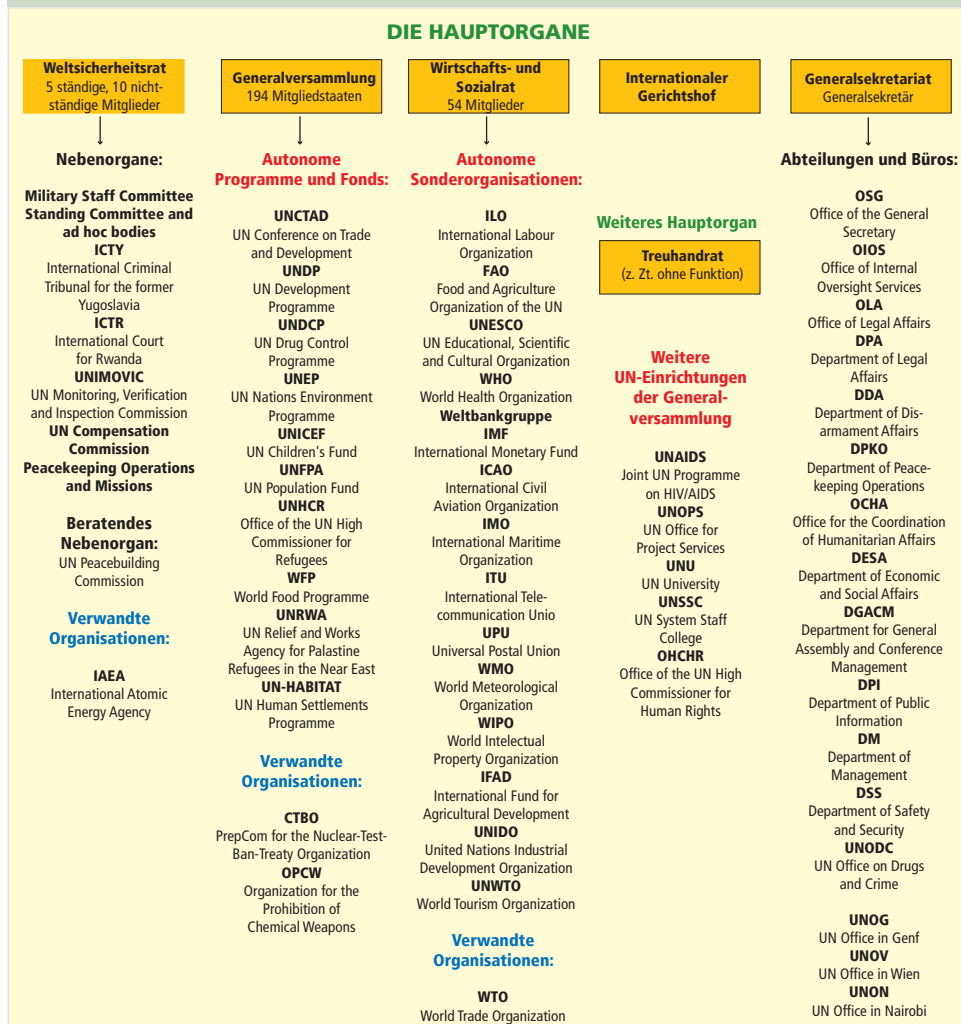
- Die große Zahl der Institutionen, zum Teil auch Rivalitäten zwischen ihnen, und das Fehlen klarer Abgrenzungen der Aufgabenbereiche (Kompetenzüberschneidungen) verursachen Effizienzverluste, verhindern eine rasche, zielstrebige Koordinierung der Zusammenarbeit und mindern Synergieeffekte.

- Die Abhängigkeit vieler Organisationen, Fonds usw. von freiwilligen Zuwendungen ihrer Mitglieder und von Spenden verhindert längerfristige Planungen und schmälert den Gesamterfolg.

- Das Prinzip der Einstimmigkeit im **Weltsicherheitsrat** (C26) verzögert oder verhindert notwendige rasche Entscheidungen, wie sie angesichts rasch aufkeimender bewaffneter Konflikte, weltweiter terroristischer Bedrohungen usw. erforderlich wären. Die UN erscheinen als zahnloser Tiger.

Aus diesen Gründen ist das Scheitern jüngster Reformversuche des Ende 2006 ausgeschiedenen UN-Generalsekretärs Kofi Annan bedauerlich, zumal immer größerer globaler Regelungsbedarf besteht. Eine grundlegende Neuordnung des UN-Systems mit dem Ziel, die Arbeitsprozesse zu straffen und die Arbeitsergebnisse wirksamer werden zu lassen, darf nicht länger aufgeschoben werden, wenn die UN ihre Aufgabe, die globalen Probleme unserer Zeit zu lösen, nicht verfehlen will.

## C25 Das System der Vereinten Nationen



## C26 Wie die Vereinten Nationen arbeiten

Die Vereinten Nationen wurden am 24. Oktober 1945 von 51 Staaten gegründet, die sich dazu verpflichteten, den Frieden durch internationale Zusammenarbeit und kollektive Sicherheit zu erhalten. Heute gehören fast alle Staaten der Welt den Vereinten Nationen an. Die Mitgliedschaft erstreckt sich auf 192 Länder. Wenn ein Staat Mitglied der Vereinten Nationen wird, willigt er ein, die Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen – einem internationalen Vertrag, der grundlegende Prinzipien der internationalen Beziehungen festlegt – einzuhalten. Gemäß der Charta haben die Vereinten Nationen vier Ziele:

- Internationalen Frieden und Sicherheit erhalten,
- freundschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten entwickeln,
- zur internationalen Problemlösung und zur Förderung der Achtung der Menschenrechte zusammenarbeiten sowie
- den Mittelpunkt zur Harmonisierung des Staatenhandelns bilden.

Die Vereinten Nationen sind keine Weltregierung und sie erlassen auch keine Gesetze. Sie stellen allerdings die Mittel bereit zur internationalen Konfliktlösung und zur Ausgestaltung von Maßnahmen in Bereichen, die uns alle angehen.

**Die Generalversammlung**

Alle Mitgliedsstaaten sind vertreten in der Generalversammlung – einem „Parlament der Staaten“, das regelmäßig und zu Sondertagungen zusammentritt, um über die dringendsten Probleme der Welt zu beraten. Jeder Staat hat eine Stimme. Entscheidungen zu Schlüsselfragen wie in den Bereichen internationaler Frieden und Sicherheit, Zulassung neuer Mitglieder und Haushalt der Vereinten Nationen werden durch eine Zweidrittelmehrheit, andere Angelegenheiten durch einfache Mehrheit gefällt. Die Generalversammlung kann keinen Staat zum Handeln zwingen, aber ihre Empfehlungen sind ein wichtiger Hinweis auf die Weltmeinung. Sie repräsentiert die moralische Autorität der Staatengemeinschaft.

Die Generalversammlung tritt zur regulären jährlichen Sitzungsperiode von September bis Dezember zusammen. Wenn nötig kann sie die Sitzungsperiode wieder aufnehmen oder eine Sonder- oder Dringlichkeitssitzung zu einzelnen Themen abhalten. Ihre Arbeit wird auch von den sechs Hauptausschüssen der Generalversammlung, anderen Unterorganen und dem Sekretariat der Vereinten Nationen erledigt.

**Der Sicherheitsrat**

Die Charta der Vereinten Nationen weist dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für den Erhalt des internationalen Friedens und der Sicherheit zu. Der Sicherheitsrat kann jederzeit zusammen treten, wenn der Frieden bedroht ist. Gemäß der Charta sind alle Mitgliedsstaaten verpflichtet, die Entscheidungen des Rates auszuführen.

Der Rat hat 15 Mitglieder. Fünf davon – China, Frankreich, die Russische Föderation, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika – sind ständige Mitglieder. Die anderen zehn werden von der Generalversammlung für eine zweijährige Amtszeit gewählt. Entscheidungen des Rates bedürfen neun Ja-

Stimmen. Außer bei Abstimmungen über Verfahrensfragen kann keine Entscheidung gefällt werden, wenn ein ständiges Mitglied mit Nein stimmt bzw. ein Veto einlegt.

Wenn der Rat über eine Bedrohung des internationalen Friedens berät, sucht er zunächst nach Wegen, den Streit mit friedlichen Mitteln beizulegen. Er kann Prinzipien für einen Ausgleich vorschlagen oder eine Streitschlichtung unternehmen. Im Fall von Kampfhandlungen versucht der Rat einen Waffenstillstand sicherzustellen. Er kann eine Friedenstruppe entsenden, um den Konfliktparteien zu helfen, Waffenstillstand zu halten sowie feindliche Truppen auseinanderzuhalten.

**Der Wirtschafts- und Sozialrat**

Der Wirtschafts- und Sozialrat koordiniert unter der Gesamtverantwortung der Generalversammlung die wirtschaftliche und soziale Arbeit der UNO und der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen. Als das zentrale Diskussionsforum über internationale wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten und der Formulierung politischer Empfehlungen spielt der Rat eine Schlüsselrolle bei der Förderung internationaler Zusammenarbeit für die Entwicklung. Er konsultiert auch Nichtregierungsorganisationen und unterhält so eine grundlegende Verbindung zwischen den Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft.

**Der Internationale Gerichtshof**

Der Internationale Gerichtshof ist das Hauptrechtsorgan der Vereinten Nationen. Seine 15 Richter werden von der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat gewählt, die unabhängig voneinander und gleichzeitig abstimmen. Der Gerichtshof entscheidet bei Streitigkeiten zwischen Staaten auf Grundlage der freiwilligen Teilnahme der betroffenen Staaten. Wenn

ein Staat der Teilnahme an einem Prozess zustimmt, ist er daran gebunden, sich der Entscheidung des Gerichtshofs zu unterwerfen. Der Gerichtshof verfasst auch Rechtsgutachten für die Vereinten Nationen und seine Sonderorgane.

**Das Sekretariat**

Das Sekretariat führt die Sach- und Verwaltungsaufträge der Vereinten Nationen aus und wird von der Generalversammlung, dem Sicherheitsrat und den anderen Organen gelenkt. An seiner Spitze steht der Generalsekretär, der die Aufsicht über die Verwaltung ausübt.

**Das System der Vereinten Nationen**

Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und 13 weitere unabhängige Organisationen – bekannt als Sonderorganisationen – sind mit den Vereinten Nationen durch Kooperationsabkommen verbunden. Diese Organisationen, darunter die Weltgesundheitsorganisation und die Internationale Zivilluftfahrtsorganisation, sind autonome Körperschaften, die durch zwischenstaatliche Abkommen gegründet wurden. Sie verfügen über weitreichende internationale Zuständigkeiten auf den Gebieten Wirtschaft, Soziales, Kultur, Erziehung, Gesundheit und anderen.

Alle diese Organisationen verfügen über ihren eigenen Verwaltungsrat, eigene Haushalte und Sekretariate. Zusammen mit den Vereinten Nationen sind sie als das System der Vereinten Nationen bekannt und gemeinsam leisten sie technische Unterstützung und andere Formen praktischer Hilfe in beinahe allen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen.

Quelle: Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa (UNRIC), Die UNO im Überblick. Bonn 2006, S. 3 – 7

## C27 Weltkonferenzen als Arenen des globalen Dialogs

Die Weltkonferenzen der Neunzigerjahre waren keineswegs folgenlose Spektakel. Sie demonstrierten nicht nur eine aktive Beteiligung der Nichtregierungsorganisationen (NROs) bei der Suche nach Problemlösungen... Noch wichtiger war, dass sie einem neuen Verständnis von Entwicklung den Weg bereiteten, dessen Schlüsselbegriffe *good governance*, Menschenrechte, Demokratie und Partizipation sind...

Die Wiener Weltmenschensrechtskonferenz von 1993 anerkannte nicht nur die Universalität und Unteilbarkeit der politischen und sozialen Menschenrechte, sondern auch das lange zwischen Nord und Süd, Westen und Osten umstrittene Recht auf Entwicklung. Dieses „Recht“ blieb zwar umstritten, weil es alle Wohltaten einer heilen Welt einfordert. Aber im harten Kern enthält es einen Rechtsanspruch auf den Zugang zu Ressourcen; welche die individuelle und kollektive Entwicklung ermöglichen und fördern.

Die Kairoer Weltbevölkerungskonferenz von 1994 drängte die Staaten dazu, durch mehr Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in die Frauenförderung Voraussetzungen für das Absenken der Geburten- und

Fruchtbarkeitsraten zu schaffen.

Auch hier ging es um Zugänge zu Ressourcen, zu Bildung und Wissen über die „reproduktive Gesundheit“, zu Möglichkeiten der Familienplanung und zu Entwicklungschancen als erfahrungsgemäß wirksamste Mittel zur Verringerung des Bevölkerungswachstums. Jeder Weltbevölkerungsbericht belegt den Tatbestand, dass das Bevölkerungswachstum, die Mütter- und Kindersterblichkeit dort am höchsten sind, wo die Armut am größten ist.

Die Weltfrauenkonferenz von 1995 in Beijing beleuchtete die vielfältigen Formen der Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen. Sie sorgte auch dafür, dass das Problem eines gerechten und chancengleichen Geschlechterverhältnisses zwischen Männern und Frauen („Gender“-Problem) in der internationalen Entwicklungspolitik mehr Gewicht bekam, obwohl gleichzeitig auf die „globalisierte Frau“ neue Belastungen zukamen.

Der Kopenhagener Weltsozialgipfel von 1995 erklärte wieder einen „Krieg gegen die Armut“, setzte nun allerdings stärker als die Grundbedürfnisstrategie der Siebzigerjahre auf

Fortsetzung auf Seite 186



Fortsetzung C27 von Seite 185

die gezielte „Hilfe zur Selbsthilfe“ und Aktivierung der Armutgruppen als Entwicklungspotenzial...

Der Ernährungsgipfel von 1996 rückte zwar die Ernährungssicherung in den Mittelpunkt des „Krieges gegen die Armut“, drückte sich aber – wie die Welternährungskonferenz von Anfang 2002 – um ein klares Bekenntnis zu Agrarreformen und zur Veränderung von oligarchischen Besitzstrukturen, also um die Gretchenfrage der ländlichen Entwicklung. Die am Verhandlungstisch sitzenden Abgesandten von Oligarchien ignorierten dabei auch den Beitrag, den Agrarreformen zur fernöstlichen Erfolgsgeschichte leisteten.

Die internationalen Finanzorganisationen (Internationaler Währungsfonds und Weltbank) verlangten zwar mit Rückendeckung ihrer Hauptfinanziers aus den OECD-Ländern tiefgreifende marktwirtschaftliche Strukturreformen, blendeten aber die höchst ungerechte und zugleich unproduktive Landverteilung aus ihren Struktur-anpassungsprogrammen aus.

Die Weltkonferenzen waren Arenen des globalen Dialogs, auf denen die zunehmend transnational organisierte Zivilgesellschaft mit viel Engagement und Sachkunde einen wachsenden Einfluss auf die Formulierung von Zielen (Agenda-Setting) gewann. Die auf ihnen verabschiedeten Aktionsprogramme wurden und werden zwar nur teilweise umgesetzt, aber sie förderten zu Tage, dass es nicht mehr am Wissen, wie die Weltprobleme entschärft werden könnten, sondern am politischen Willen und an Verantwortungsethik mangelt, das Wissen in Taten umzusetzen.

Quelle: F. Nuscheler, *Wem gehört die Welt?* In: Misereor Sachheft „Wem gehört die Welt?“. Werkmappe zur Fastenaktion 2003. Aachen 2003, S. 32 f.

## C28 Vielschichtige und komplizierte Entscheidungsstruktur der WTO

Als besonders kritischer Punkt auf inhaltlicher Ebene hat sich im Lauf des Jahrzehnts der Bereich Landwirtschaft erwiesen. Die milliardenschweren Subventionen, die vor allem die EU und die USA, aber auch Länder wie Japan oder die Schweiz in ihre Landwirtschaft stecken, sind sowohl für die Entwicklungs- und Schwellenländer als auch für die Kritiker der Welthandelsorganisation der entscheidende Beleg für eine Schiefelage im Welthandelssystem geworden. Allein die EU und die USA stecken pro Jahr bis zu 300 Milliarden US-Dollar in ihre Landwirtschaft – obwohl deren Anteil am Bruttosozialprodukt sich längst im einstelligen Bereich bewegt. In vielen Entwicklungsländern ist die Landwirtschaft dagegen ein wichtiger Erwerbszweig – vergleichbare Subventionen gibt es hier jedoch nicht. Damit ist eine wirkliche Konkurrenz kaum möglich, gerade in den ländlichen Gebieten aber ist die Armut besonders groß. Fast schon legendär ist der Vergleich mit der europäischen Kuh: In jeder steckt pro Tag mindestens ein Dollar an Subventionen. Abermillionen Menschen aber müssen weltweit mit weniger als einem Dollar auskommen – nach Definition der UNO die unterste Armutsgrenze. Mit dieser Schiefelage ist die WTO bei den Entwicklungsländern und der Zivilgesellschaft in den Ruf geraten, die Interessen der Reichen auf Kosten der armen Länder zu vertreten.

Dass der Bereich Landwirtschaft ein Problem darstellt, dass die Entwicklungsländer sehr viel besser am Welthandel beteiligt werden müssen, ist heute fast schon Konsens in der WTO. Nicht umsonst ist die Handelsrunde in Doha 2001 ausdrücklich als Entwicklungsrunde ausgerufen worden. Allerdings hat die Ministerrunde in

Cancún 2003 gezeigt, dass die Entwicklungsländer mit den Zugeständnissen der Industrienationen nicht zufrieden waren: Die so genannte G-20 hat die Verhandlungen deshalb blockiert. Die G-20 gibt es noch heute, eine Allianz aus Schwellen- und Entwicklungsländern unter der Führung von Brasilien, Indien und China mit dem Ziel, die Agrarsubventionen der Industrienationen zu reduzieren. Der blockierte Verhandlungsprozess ist nach Cancún erst im Juli 2004 wieder in Gang gekommen – mit einem Rahmenabkommen, das sich im WTO-Jargon „Juli-Paket“ nennt. Darin wird der Bereich Landwirtschaft gezielt in den Mittelpunkt gerückt, seine zentrale Rolle für die Entwicklungsländer anerkannt. EU und die USA machen weiterreichende Zugeständnisse – zum Beispiel im Blick auf Exportsubventionen für die Landwirtschaft, verzichten zudem fast vollständig auf die umstrittenen Singapur-Themen (Handel und Investitionen, Handel und Wettbewerb, öffentliches Auftragswesen, Handelserleichterung). Außerdem einigt man sich darauf, Zollschränken im Bereich industrieller Güter weiter abzubauen, und bekräftigt, die Verhandlungen im Dienstleistungsbereich fortsetzen zu wollen.

Dieses „Juli-Paket“ wird derzeit verhandelt. Eine komplizierte und zeitraubende Angelegenheit, denn das Paket ist sehr allgemein formuliert, konkrete Fristen, Produkte und Zahlen sind darin kaum enthalten. Das Rahmenabkommen stellt den kleinsten gemeinsamen Nenner dar, der es der WTO ermöglicht, wieder zu verhandeln. Die eigentlich strittigen Punkte sind damit aber auf die lange Bank geschoben worden.

Quelle: J. Schubert-Ankenbauer, Welthandelsorganisation. Schachspiel auf fünf Ebenen. In: *Aussenwirtschaft* 03/2005, S. 6

## C29 Vorzüge und Nachteile der UN-Entwicklungszusammenarbeit

Eine Analyse der Handlungsunfähigkeit bzw. Handlungsfähigkeit der UN-Entwicklungszusammenarbeit ist schwierig. Ob ein bestimmtes Merkmal eine Schwäche oder eine Stärke der UN darstellt, hängt oftmals entscheidend von der Perspektive ab...

Aus entwicklungspolitischer Sicht lassen sich dennoch relativ klar erkennbare Problembereiche identifizieren:

- einige UN-Fonds und -Programme haben ein undeutliches inhaltliches Profil, zum Teil fehlt eine spezifische inhaltliche Aufgabenstellung,
  - die institutionelle Fragmentierung der UN-Entwicklungszusammenarbeit, wodurch sowohl Aufgabenzersplitterungen als auch Doppelarbeit entstehen;
  - eine mangelhafte politische Steuerung und Koordinierung innerhalb der UN sowie unzureichende Koordinierungsmechanismen zwischen den UN und den UN-Sonderorganisationen;
  - eine mangelhafte Qualität und ein unzureichendes Kostenbewusstsein (z. B. aufgrund fehlender inhaltlicher Konzentrationsbemühungen, schlecht abgestimmter Länderprogramme, mangelhafter „vor Ort“-Koordinierung der UN-Stellen, unzureichender Evaluierungsstandards);
  - eine ungenügende und unsichere finanzielle Ausstattung der UN-Fonds und -Programme.
- Die UN-Entwicklungszusammenarbeit wird fast

ausschließlich durch die freiwilligen Beiträge und nicht durch den regulären Haushalt mit seinen festgelegten Pflichtbeiträgen getragen. Gegen dieses System wurden zu Recht vielfach prinzipielle Einwände vorgebracht. Das Problem besteht darin, dass die Beiträge aufgrund ihrer jährlichen Zusagebasis und Freiwilligkeit keine verlässliche Finanzierungsgrundlage bieten. Die Planbarkeit und Kontinuität der EZ ist dadurch erheblich beeinträchtigt. Darüber hinaus lässt sich für die meisten UN-Fonds und -Programme eine Stagnation, oftmals sogar ein Rückgang der Finanzmittel feststellen...

Trotz berechtigter Kritik an der UN-Entwicklungszusammenarbeit sind zwei Einschränkungen wichtig: Erstens sind viele Schwächen kein „UN-Monopol“; auch aus der bilateralen Kooperation sind solche Defizite bekannt. Zweitens können die UN durchaus auf Stärken und Potenziale verweisen, die auf ihr spezifisches Profil als Weltorganisation zurückzuführen sind:

- die wirtschaftlichen und politischen Eigeninteressen einzelner Geberländer (z. B. Lieferbindung), die die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit oftmals überlagern, sind vergleichsweise gering;
- die nahezu erreichte Universalität der UN erleichtert es, auf globale Herausforderungen zu

reagieren (Stichwort: global governance); eine wichtige Voraussetzung ist in diesem Zusammenhang das sehr engmaschige UN-/UNDP-Ländervernetzungsnetz, das eine enge Kooperation mit den lokalen Partnern (Regierungsstellen, aber auch zivilgesellschaftlichen Gruppen) erlaubt;

- die im Rahmen der UN vereinbarten Normen und Regeln (etwa im Bereich der Menschenrechte) legitimieren die UN in besonderer Weise, in politisch sensiblen Bereichen tätig zu werden (etwa good governance und Demokratisierung);

- von den Entwicklungsländern werden UN-Maßnahmen besonders geschätzt, da die Einflussmöglichkeiten der betroffenen Programmländer auf die Länderprogramme und einzelne Projekte relativ groß sind. Ownership in der Entwicklungszusammenarbeit besagt, dass die Verantwortung für Entwicklungsvorhaben beim jeweiligen Partner der Entwicklungsländer liegt. Ownership als unverzichtbare entwicklungspolitische Erfolgsbedingung ist daher im Rahmen von UN-Maßnahmen besonders ausgeprägt.

Quelle: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, *Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen*. UN-Basisinformationen. Berlin 2002

Die großen UN-Weltkonferenzen

1954	Weltbevölkerungskonferenz (Rom)
1965	2. Weltbevölkerungskonferenz (Belgrad)
1968	Internationale Menschenrechtskonferenz (Teheran)
1972	UN-Konferenz über die Umwelt (Stockholm)
1974	Welternährungsgipfel (Rom)
1974	3. Weltbevölkerungskonferenz (Bukarest)
1975	Weltfrauenkonferenz (Mexiko-Stadt)
1978	Weltkonferenz gegen Rassismus (Genf)
1980	2. Weltfrauenkonferenz (Kopenhagen)
1981	UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (Paris)
1982	Weltversammlung über das Altern (Wien)
1983	2. Weltkonferenz gegen Rassismus (Genf)
1984	4. Internationale Bevölkerungskonferenz (Mexiko-Stadt)
1985	3. Weltfrauenkonferenz (Nairobi)
1990	Weltkindergipfel (New York)
1990	Weltkonferenz Bildung für alle (Jomtien, Thailand)
1990	2. UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (Paris)
1992	UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (Rio de Janeiro)
1992	Internationale Ernährungskonferenz (Rom)
1993	Weltmenschenrechtskonferenz (Wien)
1994	Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (Kairo)
1994	Weltkonferenz über kleine Insel-Entwicklungsländer (Bridgetown)
1995	Weltgipfel für Soziale Entwicklung (Kopenhagen)
1995	4. Weltfrauenkonferenz (Peking)
1996	Welternährungsgipfel (Rom)
1996	Weltkonferenz über Wohn- und Siedlungswesen (HABITAT II) (Istanbul)
2000	Millenniums-Weltfriedensgipfel (New York)
2000	Weltbildungsforum (Dakar, Senegal)
2000	Weltkonferenz zur Zukunft der Städte „Urban 21“ (Berlin)
2001	Weltkonferenz gegen Rassismus (Durban, Südafrika)
1979	3. UN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (Paris)
2002	Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (Monterrey, Schweiz)
2002	Urwaldgipfel (Den Haag)
2002	Weltkindergipfel (New York)
2002	Welternährungsgipfel (Rom)
2002	Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung (Johannesburg)
2003	Weltgipfel über die Informationsgesellschaft (Teil 1) (Genf)
2003	3. Welt-Wasser-Forum (Kyoto)
2004	Weltkonferenz zur erneuerbaren Energien (Bonn)
2005	Weltgipfel über die Informationsgesellschaft (Teil 2) (Tunis)
2006	UN-Konferenz über den Klimawandel (Nairobi)
2006	4. Welt-Wasser-Forum (Mexiko-Stadt)
2007	Weltklimakonferenz (Bali)
2008	2. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung
2009	3. Weltklimakonferenz (Genf)
2009	UN-Klimarahmenkonvention (Kopenhagen)
2010	Afghanistan-Konferenz (London)
2010	Nichtverbreitungsvertrag (New York)

C30 Weltbank: Nur die armen Länder haben liberalisiert

Nach dem Abschluss der Uruguay-Welthandelsrunde Mitte der 90er Jahre versprachen Freihandelsbefürworter den armen Ländern große Gewinne aus einem liberalisierten Agrarhandel. Zehn Jahre später haben die Entwicklungsländer davon immer noch nicht viel gesehen. Was nichtstaatliche Gruppen schon lange monieren, prangert jetzt auch die Weltbank an: Die reichen Länder sind ihren Verpflichtungen aus der Uruguay-Runde nur unzureichend nachgekommen. Die Entwicklungsländer dagegen haben ihre Grenzen für Agrargüter in den letzten zwanzig Jahren Stück für Stück geöffnet. In ihrem Bericht „Global Agricultural Trade and Developing Countries“, den die Bank Anfang Januar vorstellte, heißt es, die OECD-Länder hätten die Subventionen für ihre Landwirte seit Ende der 80er Jahre von 63 Prozent des Produktionswertes gerade einmal um 17 Prozentpunkte auf 46 Prozent reduziert. Die Entwicklungslän-

der dagegen hätten ihre Agrarzölle im gleichen Zeitraum von durchschnittlich 30 Prozent auf 18 Prozent nahezu halbiert und darüber hinaus weitere nichttarifäre Importbarrieren abgebaut. An der Überzeugung der Weltbank, dass die Liberalisierung des Agrarhandels grundsätzlich auch für die Armen gut ist, ändert freilich auch ihr neuer Bericht nichts. Für die Bank können in landwirtschaftlich geprägten Entwicklungsländern Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze nur über den Export von Agrarprodukten erzielt werden; die einheimischen Märkte seien dazu zu klein. Jedoch müsse eine Politik der Exportorientierung auch solche Ziele wie Ernährungssicherung und Aufbau einheimischer Verarbeitungskapazitäten berücksichtigen, die eine nicht durchdachte Marktöffnung gefährden kann...

Quelle: E+Z 2005:2, Analysen und Berichte S. 82

C31 Doha – keine Entwicklungsrunde

„Es ist falsch, die aktuelle Welthandelsrunde als ‚Entwicklungsrunde‘ zu bezeichnen. Die Verhandlungen der letzten zwei Jahre haben nicht zu einer entwicklungsorientierten Tagesordnung geführt. Stattdessen wurden vor allem solche Themen behandelt, die für Entwicklungsländer wenig wichtig oder sogar schädlich sind.“ Dieses Fazit zieht der frühere Weltbank-Chefökonom und Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz in einer Studie, die er gemeinsam mit Andrew Charlton von der Oxford University verfasst und Mitte Juni [2004] vorgestellt hat. Die beiden Ökonomen plädieren dafür, die Agenda der Doha-Runde neu zu formulieren und die für die Entwicklungsländer wichtigsten Themen an die Spitze zu setzen.

Grundvoraussetzung für eine echte Entwicklungsrunde sei die Bereitschaft der reichen Länder, den Entwicklungsländern einseitig Konzessionen einzuräumen. „Handelsgespräche müssen von der Prämisse ausgehen, dass die weniger entwickelten Länder einer Vorzugsbehandlung bedürfen“, heißt es in der Studie. Das bedeute unter anderem, dass Handelsvereinbarungen den Politikspielraum armer Länder nicht einschränken dürfen. So müsse es Entwicklungsländern zum Beispiel für eine befristete Zeit erlaubt sein, einheimische Unternehmen zu subventionieren mit dem Ziel, neue Industrien aufzubauen.

Die internationale Arbeitsmigration ist für die beiden Autoren ein Beispiel dafür, dass die Belange der Entwicklungsländer in der Doha-Runde keine große Rolle spielen. Das Thema komme in den Verhandlungen praktisch nicht vor. Dabei würde mehr Freizügigkeit für ungelernte Arbeiter den armen Ländern großen Nutzen bringen. Stattdessen, so Stiglitz, werde nur über die Liberalisierung von Kapitalmärkten und Finanzdienstleistungen gesprochen. Weitere wichtige Themen in einer Entwicklungsrunde seien der Abbau von Handelsschranken für verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern und die Abschaffung aller Agrarsubventionen in den Industrieländern.

Die Autoren sprechen sich für eine Reihe von

Reformen in der internationalen Handelspolitik aus, um diese dauerhaft entwicklungs-freundlicher zu gestalten. WTO-Verhandlungen müssten transparenter sein als bisher. Ein neu einzurichtendes permanentes Beratergremium solle die Entwicklungsländer dabei unterstützen, ihre Interessen zu formulieren und einzubringen.

Quelle: E+Z 2004:8, S. 313

Aufgaben

1. Skizzieren Sie die Gliederung des Systems der Vereinten Nationen, und beschreiben Sie seine wichtigsten Aufgaben.
2. Erläutern Sie die speziellen Aufgaben der Programme und Fonds sowie der Sonderorganisationen der UN.
3. In den letzten zwei Jahrzehnten haben die UN und die meisten ihrer Organe eine erhebliche Bedeutungsaufwertung erfahren. Nennen Sie Gründe dafür und erläutern Sie den Bedeutungszuwachs
4. Wie beurteilen Sie angesichts der globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts die Funktionsfähigkeit des UN-Systems?
5. Versuchen Sie in arbeitsteiliger Gruppenarbeit eine Würdigung der Arbeit der folgenden UN-Organe: UNDP; Weltsicherheitsrat; UNEP; IWF; Weltbank; WTO. Machen Sie gegebenenfalls Vorschläge für Reformen (weitere Materialien im Internet),
6. Bringen Sie in einem Rollenspiel Pro- und Kontra-Position zur WTO zum Ausdruck (Materialien dazu im Internet [www.omnia-weltimwandel.de](http://www.omnia-weltimwandel.de))

# Entwicklungspolitik der Europäischen Union

Die großen globalen Aufgaben unserer Zeit verlangen von dem in der EU geeinten Europa, im eigenen Interesse weltweit Mitverantwortung zu übernehmen.

Der Beitrag der EU besteht vor allem in der gemeinsam von der Europäischen Kommission und den 27 Mitgliedsländern getragenen Mitgestaltung nachhaltiger globaler Strukturpolitik, in die jeder Mitgliedstaat seine besonderen Stärken einbringen kann.

Eine gewisse Schwierigkeit der Zusammenarbeit ergibt sich aus der historisch bedingten geteilten Zuständigkeit: Die Entwicklungspolitik der EU ergänzt die Entwicklungspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten. Diese Konstruktion geht darauf zurück, dass einige der Mitgliedstaaten Kolonialmächte waren und ein Interesse daran hatten, die in den 1960er Jahren unabhängig gewordenen Gebie-

te in Afrika, der Karibik und dem Pazifik (AKP-Staaten) in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen und wirtschaftlich an sich zu binden. So wurde mit Inkrafttreten des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 der **Europäische Entwicklungsfonds** (EEF) eingerichtet, der Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der mit der E(W)G assoziierten Kolonialgebiete und späteren AKP-Staaten finanziert. Er wird (bis heute) von den Mitgliedstaaten und nicht aus dem Haushalt der EU finanziert.

Die völkerrechtlich verbindliche Grundlage der gemeinschaftlichen Entwick-

lungspolitik von heute ist **der Vertrag von Nizza**, der am 1. 2. 2003 in Kraft getreten ist (Art. 177 bis 181). Er verpflichtet die Mitgliedstaaten der EU, ihre bilateralen Entwicklungspolitiken zu koordinieren und sie mit anderen Gemeinschaftspolitiken (z.B. der Handelspolitik) abzustimmen (Kohärenz herbeizuführen). Auf dieser Grundlage verabschiedeten die im Ministerrat vertretenen Regierungen der Mitgliedsländer, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission am 22. November 2005 eine **Gemeinsame Erklärung zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union** (C35). Sie bindet die Unterzeichner, ihre Entwicklungspolitiken künftig aufeinander-

## AKP-Staaten, Barcelona-Länder, Transformländer



der abzustimmen und an dieser Erklärung auszurichten (C32).

Inhaltlich entwickelt diese Erklärung die Elemente der Grundlagenerklärung zur gemeinschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit aus dem Jahre 2000 unter Berücksichtigung der Ergebnisse der großen UN-Weltkonferenzen (Kasten S. 187) weiter. Sie umreißt die Zielsetzungen und Grundsätze der Entwicklungspolitik der EU, erläutert die gemeinschaftlichen Schwerpunktbereiche und beschreibt den künftig für die EU-Kommission verbindlichen Umsetzungsrahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Die vorrangige Tätigkeit der EU-Entwicklungszusammenarbeit erstreckt sich auf folgende **Schwerpunktbereiche** (BMZ 2006, S. 151):

- Handel und regionale Integration,
- Umwelt und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen;
- Infrastruktur, Kommunikation und Transport;
- Wasser und Energie;
- Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Nahrungssicherheit;
- Good Governance, Demokratie, Menschenrechte und institutionelle Reform;
- Konfliktprävention und fragile Staaten;
- Menschliche Entwicklung;

• Sozialer Zusammenhalt und Beschäftigung.

**Räumliche Schwerpunkte** der Entwicklungszusammenarbeit sind:

- 78 Länder in Afrika, der Karibik und im Pazifik, die so genannten **AKP-Staaten**. Dabei handelt es sich um ehemalige Kolonien europäischer Staaten; die umfassende partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen ihnen und der EU ist seit 1975 im **Abkommen von Lomé** (Togo) und seit 2000 im **Abkommen von Cotonou** (Benin) festgelegt. Das für einen Zeitraum von 20 Jahren (2000–2020) abgeschlossene Abkommen von Cotonou hat Modellcharakter; seine **Hauptmerkmale** sind: vertraglich bindende Abmachungen, das Partnerschaftsprinzip und ein breiter Kooperationsansatz. Seine wichtigsten entwicklungspolitischen Ziele und Verfahrensweisen beschreibt C38. Das Cotonou-Abkommen trägt den seit dem Lomé-Abkommen veränderten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen dieser Länder Rechnung und stellt die Zusammenarbeit mit ihnen auf eine enge partnerschaftliche Grundlage.
- Die **Kooperationsabkommen** mit den südlichen und östlichen Mittelmeerländern: Mit der ersten Europa-Mittelmeer-

Konferenz in Barcelona (1995) wurde eine umfassende Neuregelung der regionalen Partnerschaft eingeleitet (*Barcelona-Prozess*) und in mehreren Folgekonferenzen weiterentwickelt.

- Die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und regionalen Organisationen in Asien und Lateinamerika.
- Zusammenarbeit mit den Ländern Südost- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion.

Weitere **Schwerpunkte** sind:

- Die Nahrungsmittelhilfe der EU und die Soforthilfe bei Katastrophen.
- Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NROs) und dezentrale Zusammenarbeit.

Die Entwicklungspolitik der EU hat eine rechtsverbindliche Grundlage, die sich noch bewähren muss. Noch ist die wichtige Aufgabe der Harmonisierung der Entwicklungspolitiken der Gemeinschaft (EU-Kommission) und der Mitgliedsländer nicht erreicht; und auch das Gebot der Kohärenz der entwicklungsbezogenen Politikbereiche sowohl der Union als auch der Mitgliedstaaten (insbesondere der Gemeinsamen Agrar- und Außenhandelspolitik) weist noch Fehlstellen auf (C33, C36, C37).

### C32 Entwicklungszusammenarbeit der EU

Nach knapp 50 Jahren Europäischer Entwicklungspolitik liegt erstmals eine umfassende, gemeinsame Politikerklärung zur Entwicklungspolitik der Union vor, die die Kommission ebenso wie die EU-Mitgliedstaaten in ihrer künftigen Gestaltung der jeweiligen Entwicklungspolitiken politisch bindet. Die Erklärung greift die positiven Elemente der Grundlagenerklärung zur gemeinschaftlichen EZ aus dem Jahr 2000 auf und entwickelt sie unter Berücksichtigung der Ergebnisse der großen internationalen Entwicklungskonferenzen der vergangenen Jahre – insbesondere UN-Millennium-Konferenz, Kairo, Johannesburg, Doha, Monterrey, Millennium+5-Gipfel 2005 – weiter. Sie beschreibt die Zielsetzungen, Prinzipien, Methoden der europäischen Entwicklungszusammenarbeit und definiert in einem zweiten Teil gemeinschaftliche Schwerpunktbereiche und den für die Entwicklungszusammenarbeit der Kommission künftig verbindlichen politischen Umsetzungsrahmen. Der zweite Teil der Erklärung benennt erstmals die komparativen Vorteile der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik: Darunter fallen die globale Präsenz der Gemeinschaft, die Möglichkeit, auf Politikkohärenz zu achten, die Funktion als „think tank“, die Förderung der Harmonisierung und Koordination, die Rolle bei der Demokratieförderung und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft.

Quelle: BMZ, Das Abkommen von Cotonou – Neue Wege in der AKP-EG-Partnerschaft. Materialien Nr. 118, S. 150 f.

### C33 Einsatz der EU für Frieden und Sicherheit

Seit Anbruch des neuen Jahrtausends richten sich die Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik der EU auf Konfliktprävention, zivile Krisenbewältigung, Demokratie, Menschenrechtsschutz, Partnerschaften auf der Grundlage von Gleichheit und Eigenverantwortung sowie Partizipation der Zivilgesellschaft. Wir erkennen den Einsatz der EU für Frieden und Sicherheit auf der Grundlage des Bezugssystems der menschlichen Sicherheit an. Es mangelt jedoch noch an Kohärenz und an der Umsetzung der politischen Handlungskonzepte. Die politische Praxis, beispielsweise in der Migrationspolitik, zeigt, dass die EU ein eurozentrisches, defensives Sicherheitskonzept verfolgt, statt die Probleme präventiv, kohärent und integrativ anzugehen.

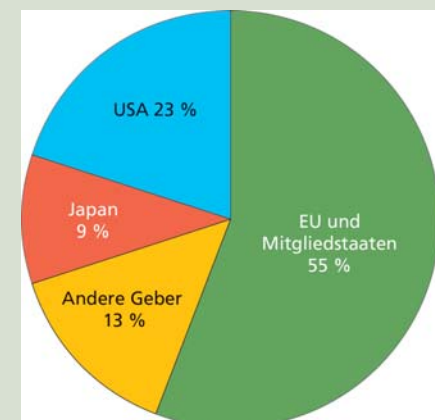
Wir begrüßen, dass die EU die Existenz gescheiterter und scheiternder Staaten als Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung dieser Staaten und für Europa anerkennt. Wir können jedoch nicht erkennen, dass die EU konsequent die Faktoren in der EU-Politik und der Praxis von Unternehmen in Europa bekämpft, die zum Scheitern von Regierungen in Afrika beitragen. In EU-Dokumenten wird ignoriert, dass auch die Politik und Praxis innerhalb der EU und ihrer Mitgliedstaaten Ursachen gewaltsamer Konflikte in Afrika sind oder indirekt damit zusammenhängen. So steht zum Beispiel die EU-Handelspolitik oft im Widerspruch zu den Zielen der nachhaltigen Entwicklung in Afrika und der Armutsbekämpfung. Die Muster des Ener-

gie- und Ressourcenverbrauchs in Europa sowie das Streben, Zugang zu Ressourcen zu erhalten und diesen zu sichern, erzeugen Konflikte. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zählen zu den größten Produzenten von Klein- und Leichtwaffen.

Quelle: Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO): Afrikas Perspektive – Europas Politik. Entwicklungspolitisches Manifest zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007. S. 6 (auch: C39)

### C34 Wer gibt wie viel?

Anteile der Geber an der gesamten Entwicklungszusammenarbeit (ODA) weltweit 2010:



## C35 Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik

### Gemeinsame Ziele

Wir bekräftigen, dass Entwicklung ein zentrales Ziel an sich darstellt und dass zu einer nachhaltigen Entwicklung verantwortungsvolle Staatsführung, die Achtung der Menschenrechte sowie politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte gehören.

Die EU ist entschlossen, zur Verwirklichung dieser Ziele sowie der auf den größeren VN-Konferenzen und -Gipfeltreffen vereinbarten Entwicklungsziele beizutragen.

Wir bekräftigen unsere Zusage, für Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung einzutreten, indem wir gewährleisten, dass die EU die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit in all ihren Politikfeldern, die die Entwicklungsländer betreffen können, berücksichtigt und dass ihre jeweilige Politik die Entwicklungsziele fördert...

Die EU wird weiterhin prioritär die am wenigsten entwickelten Länder und andere Länder mit niedrigem Einkommen (LIC) unterstützen, um eine ausgewogenere globale Entwicklung herbeizuführen, wobei sie anerkennt, dass es von Nutzen sein kann, wenn einzelne Mitgliedstaaten ihre Hilfsmaßnahmen auf Gebiete und Regionen konzentrieren, in denen sie komparative Vorteile haben und besonders wirkungsvoll zur Bekämpfung der Armut beitragen können.

### Gemeinsame Grundsätze

Die EU ist dem Grundsatz der Eigenverantwortung der Partnerländer für Entwicklungsstrategien und -programme verpflichtet. Den Entwicklungsländern kommt in erster Linie die Verantwortung dafür zu, bei sich für ein positives Umfeld für die Mobilisierung ihrer eigenen Ressourcen zu sorgen; hierzu gehört auch, dass eine kohärente und effektive Politik verfolgt wird. Die Einhaltung dieser Grundsätze ermöglicht eine genau zugeschnittene Hilfe, die auf die speziellen Bedürfnisse des jeweiligen Empfängerlands eingeht.

Bei ihren gemeinsamen Bemühungen teilen sich die EU und die Entwicklungsländer die Verantwortung und die Rechenschaftspflicht partnerschaftlich. Die EU wird die auf die Millenniumsentwicklungsziele abgestellten Strategien ihrer Partnerländer in den Bereichen Verringerung der Armut, Entwicklung und Reform unterstützen und sich den Systemen und Verfahren der Partnerländer anpassen. Für eine bessere Schwerpunktlegung der EU-Hilfe sind Fortschrittsindikatoren und eine regelmäßige Evaluierung der Hilfe von entscheidender Bedeutung...

### Ein vertiefter politischer Dialog

Im Rahmen des politischen Dialogs, den die Mitgliedstaaten und die Organe der Europäischen Union ... führen, werden die Einhaltung des Grundsatzes einer verantwortungsvollen Staatsführung, die Achtung der Menschenrechte und die Einhaltung demokratischer Grundsätze und des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit regelmäßig bewertet, um zu gemeinsamen Auffassungen zu gelangen und Unterstützungsmaßnahmen festzulegen.

### Beteiligung der Zivilgesellschaft

Die EU tritt dafür ein, alle Betroffenen auf breiter Basis an der Entwicklung von Ländern zu

beteiligen und ruft daher alle Teile der Gesellschaft zu einer solchen Beteiligung auf. Insbesondere der Zivilgesellschaft, darunter auch den Wirtschafts- und Sozialpartnern wie den Gewerkschaften, den Arbeitgeberorganisationen und dem Privatsektor, den NRO und anderen nichtstaatlichen Akteuren in den Partnerländern kommt eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten zu.

### Geschlechtergleichstellung

Die Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Frauenrechte ist nicht nur an sich wichtig, sondern auch ein grundlegendes Menschenrecht und eine Frage der sozialen Gerechtigkeit... Die EU wird daher in all ihre Politikfelder und Praktiken, die ihre Beziehungen zu Entwicklungsländern betreffen, die Geschlechtergleichstellung als wichtige Komponente aufnehmen.

### Fragile Staaten als zu lösendes Problem

Die EU wird auf schwierige Partner und fragile Staaten, in denen ein Drittel der Armen der Welt lebt, besser eingehen. Die EU wird ihre Bemühungen im Bereich der Konfliktprävention verstärken und Maßnahmen unterstützen, mit denen verhindert werden soll, dass Staaten fragil werden; hierzu gehören etwa Reformen bei der Staatsführung, die Beachtung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit, die Korruptionsbekämpfung und der Aufbau funktionsfähiger staatlicher Institutionen, damit diese eine Reihe grundlegender Aufgaben wahrnehmen und den Bedürfnissen ihrer Bürger gerecht werden können...

Die EU tritt dafür ein, auch in äußerst schwierigen Situationen weiterhin Engagement zu zeigen.

Quelle: Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik. Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission. 22. November 2005

## C36 Für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen

Für die europäische Agrarpolitik werden jährlich mehr als 40 Mrd. Euro bereitgestellt. Davon werden rund 6 Mrd. Euro an EU-Agrarsubventionen in Deutschland ausgegeben. Empfänger der Subventionen sind nicht nur landwirtschaftliche Betriebe, sondern auch Exporteure von Agrarprodukten. Direkt und indirekt profitiert aber ebenso die vor- und nachgelagerte Industrie (u.a. Agrarchemie, Futtermittel, Lebensmittelverarbeitung).

Die Direktzahlungen (1. Säule) haben mittlerweile den größten Anteil an den Agrarsubventionen, sind aber im höchsten Maße ungerecht verteilt... Gleichzeitig ist der überwiegende Teil der Gelder nicht an wirksame soziale, ökologische und Tierschutz-Kriterien gekoppelt. Einige rationalisierte flächenstarke Betriebe kommen somit auf Prämienzahlungen von umgerechnet bis zu 120000 Euro je Arbeitskraft, während der Durchschnitt der Betriebe weniger als ein Zehntel davon je Arbeitskraft erhält. Besonde-

re umwelt- und tiergerechte Qualitätserzeugungen, die mehr Arbeitskräfte benötigen, werden benachteiligt...

Derzeit verweigern in Deutschland Bund und Länder die Offenlegung von Informationen über die Agrarsubventionen. In vielen anderen europäischen Ländern ist die Offenlegung dieser Informationen bereits Praxis. In den letzten Monaten und Jahren hat die öffentliche Bekanntgabe der konkreten Zahlungen mit Angabe von Namen aller Empfänger, des jeweiligen Zahlungszwecks und der jeweiligen Zahlungshöhe in mehreren EU-Ländern dazu geführt, dass die Verteilung, aber auch die Sinnhaftigkeit der Kriterien der EU-Prämien stark diskutiert wird...

Quelle: Initiative „Wer profitiert? – für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen.“ März 2006. An der Initiative sind inzwischen 35 Organisationen beteiligt. Internet: [www.wer-profitiert.de](http://www.wer-profitiert.de)

## C37 EU-Agrarsubventionen schaden den Bauern im Sahel

Viehzucht und -handel stellten bis in die 80er Jahre einen der wenigen funktionierenden Erwerbszweige im Sahel dar. In den 80er und 90er Jahren stieg der Anteil der EU-Exporte am westafrikanischen Rindfleischmarkt stark an. So verschlechterten sich die Bedingungen für die heimischen Produzenten, schon 1993 erhielten die Rinderzüchter nur noch die Hälfte des früheren Preises. Die Folge dieser verfehlten EU-Agrarpolitik ist die Gefährdung traditioneller Absatzmärkte aus lokaler oder nachbarstaatlicher Produktion. Und trotz der Kritik seit über 20 Jahren betreibt die EU weiter massives Agrar-Dumping [Verkauf von Produkten unterhalb der Produktionskosten] auf den Märkten der Entwicklungsländer, z. B. bei Getreide, Milch und Gemüse.

Auch mit der Abschaffung der Exportsubventionen im Jahr 2013, welche die Welthandelsor-

ganisation (WTO) in Hongkong letztes Jahr beschlossen hat, wird das Problem des Dumpings von EU-Agrarprodukten bestehen bleiben. Denn auch interne Subventionen können Dumping verursachen – sowohl national als auch international. Dieses Problem wird jedoch nicht von der WTO angegangen.

Umso entscheidender ist es aus entwicklungs-politischer Sicht, das Subventionssystem der EU neu zu gestalten. Als Prinzip für die Vergabe von Subventionszahlungen sollte die Honorierung von gesellschaftlichen Leistungen dienen – wie der Erhalt der Kulturlandschaft und Artenvielfalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das ist das Ziel der „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“.

Quelle: Sarah Kahnert, Für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen. In: Germanwatch. Zeitung für zukunftsfähige Nord-Süd-Politik. 1/2006, S. 1

## C38 Cotonou – eine Agenda für die kommenden 20 Jahre

Erstmals wurde das AKP-EG-Abkommen [das so genannte Cotonou-Abkommen] auf 20 Jahre abgeschlossen; damit besteht langfristige Planungssicherheit für beide Seiten...

Die Mittelvergabe wird sich an den gemeinsam vereinbarten Schwerpunktzielen ausrichten. Neben der Armutsbekämpfung und der Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der AKP-Staaten (Ownership) sollen dabei vor allem die drei maßgeblichen Grundsätze Berücksichtigung finden. Dies sind:

- die Unterstützung politischer und institutioneller Reformen und Förderung des Kapazitäten- und Kompetenzaufbaus in den AKP-Staaten;
- die Einbeziehung geschlechterspezifischer Fragen und die Gleichberechtigung von Mann und Frau;
- die Beachtung der Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung.

Kennzeichnend für das neue Abkommen ist auch die gewachsene Bedeutung des politischen Dialoges zwischen der EU und den AKP-Staaten. Dies wird besonders an der Rolle deutlich, die der politische Dialog zukünftig in Fällen von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das Demokratie- oder das Rechtsstaatsprinzip spielen soll. Denn das Abkommen sieht vor, dass eine Vertragspartei ein Konsultationsverfahren einleiten kann, wenn sie der Auffassung ist, dass die andere Vertragspartei eine Verpflichtung in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte, der demokratischen Grundsätze oder des Rechtsstaatsprinzips nicht erfüllt hat. Scheitern die Konsultationen, so kann dies bis hin zur vollständigen Aussetzung

der Zusammenarbeit führen. Dieselbe Sanktion ist für Verletzungen des Prinzips der verantwortungsvollen Regierungsführung in Fällen schwerer Korruption vorgesehen.

Zu den Neuerungen des Abkommens von Cotonou gehören auch die integrierten Entwicklungsstrategien. Sie sollen wirtschaftliche, politische, soziale und ökologische Wirkungen entfalten und von den AKP-Staaten selbst erarbeitet werden. Auf diese Weise werden die Partnerländer verpflichtet, ... eigene Lösungsstrategien zu entwickeln.

Von besonderer Bedeutung sind die neuen Handelsregelungen: Die den AKP-Staaten einseitig gewährten Präferenzen im Lomé IV-Abkommen werden nunmehr durch vertraglich vereinbarten gegenseitigen Marktzugang im Rahmen von regional zu verhandelnden **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen** abgelöst. Beim Abkommen von Cotonou wird noch stärker als beim Lomé-Abkommen besonderes Gewicht auf den partnerschaftlichen Ansatz gelegt. Durch die Vereinbarung, bis zum 31. Dezember 2007 regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten abzuschließen, steht das Abkommen im Einklang mit den Bestimmungen der WTO und stellt zugleich die entwicklungspolitisch beste Lösung dar: Selbst nach 2008 kann es noch lange Übergangsfristen (bis zu zwölf Jahren) geben, in denen die Märkte der AKP-Staaten sich gründlich auf das an die Region angepasste Freihandelsabkommen vorbereiten können.

Quelle: BMZ, Das Abkommen von Cotonou – Neue Wege in der AKP-EG-Partnerschaft. Materialien Nr. 118, S. 6 f.

## Aufgaben

1. Erläutern Sie die besondere Konstruktion der Entwicklungspolitik der EU, ihre Grundlagen und ihren Werdegang.

2. Stellen Sie anhand von C38 und C39 und der Materialien im Internet ([www.omniaweltimwandel.de](http://www.omniaweltimwandel.de)) Ziele, Inhalte und Verfahrensweisen der AKP-EG-Abkommen von Lomé und Cotonou (als Hausarbeit) dar. Wie beurteilen Sie die Ergebnisse dieser Abkommen?

3. Wie begründet die EU die Weiterentwicklung der Lomé-Abkommen zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen AKP-Staaten und EU?

4. Beschreiben und bewerten Sie die gemeinsamen Ziele und Grundsätze der Entwicklungspolitik der EU. Prüfen Sie deren Anwendung bei der Implementierung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten.

5. Erläutern Sie die Mittelmeerpolitik (Barcelona-Prozess) und die Afrika-Politik der EU. Begründen Sie das besondere entwicklungspolitische Interesse der EU an Afrika und den südlichen und östlichen Mittelmeerländern.

6. Verfolgen Sie die Beachtung der Ziele und Grundsätze der EU-Entwicklungspolitik bei aktuellen entwicklungspolitischen Maßnahmen und Entscheidungen.

## C39 Ergebnisse der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007

In einem *Entwicklungspolitischen Manifest zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft* (Afrikas Perspektive – Europas Politik, 2006) hat VENRO Forderungen aufgestellt. In einer Stellungnahme vom September 2007 stellt sie den Forderungen die Ergebnisse gegenüber. (Auszug)

### Forderungen

Das Manifest hat sich für eine entwicklungsförderliche Gestaltung der **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen** (WPA) eingesetzt. Die NRO haben gefordert, Sicherheitsmechanismen in die WPA zu integrieren, um den Entwicklungsbedürfnissen der AKP-Länder Rechnung zu tragen. Darüber hinaus sollte den Entwicklungsländern eine präferenzielle Behandlung gewährt werden. Des Weiteren wurde im Manifest gefordert, die Singapurthemen auszuklammern und die Frist für die WPA-Verhandlungen zu verlängern sowie ausreichend Zeit für die Vertiefung der regionalen Integration und zusätzliche Ressourcen zur Minderung der Anpassungskosten bereitzustellen und NRO zu beteiligen.

### Ergebnisse

Die Bundesregierung spricht sich dafür aus, den AKP-Staaten zoll- und quotenfreien Zugang für ihre Exportgüter zu gewähren, davon ausgenommen sind nur „besonders sensible“ Produkte. Bestehende WTO-Flexibilitäten sollen in vollem Umfang genutzt werden, das heißt es kann für bestimmte sensible Produkte Über-

gangszeiten von bis zu 25 Jahren geben, der Grad der gegenseitigen Marktöffnung ist asymmetrisch. Zwar gesteht die Bundesregierung die größtmögliche Nutzung bestehender Flexibilitäten im WTO-Regelwerk zu, beharrt jedoch auf dem paradigmatischen Wechsel von nicht-reziproker Präferenz zu reziproker Liberalisierung, der von den NRO kritisch gesehen wird.

Die Bundesregierung spricht sich dafür aus, alle handelsbezogenen Themen im Rahmen eines umfassenden Ansatzes in WPA einzubeziehen, da diese wichtige Entwicklungsimpulse setzen. Dies ist im Cotonou-Abkommen nur zum Teil und in eingeschränktem Umfang vorgesehen. Die Bundesregierung trennt nicht in nötiger Schärfe zwischen der entwicklungspolitischen Kooperation in diesen Bereichen und einer weitgehenden Liberalisierung, an deren Ende vor allem die EU profitieren könnte und viele Menschen in den AKP-Staaten verlieren. Aufgrund der hohen Kosten und der Risiken haben einige der AKP-Regierungen Verhandlungen in allen oder einigen der Singapur-Themen abgelehnt, konnten sich damit aber nicht durchsetzen.

Das BMZ hat eine Reihe von Vorschlägen ent-

wickelt, wie die Ausgestaltung der WPA als Entwicklungsinstrumente sichergestellt und den Bedürfnissen der AKP-Länder Rechnung getragen werden kann:

- Die Ursprungsregeln sollen vereinfacht und transparenter gestaltet werden.
- Stärkung der regionalen Märkte und regionaler Integration in den AKP-Regionen
- Zusage eines substantiellen Teiles der EU Aid-for-Trade
- Zusagen für die AKP-Staaten, unterstützt durch spezifische regionale WPA-Fonds, die aus bilateraler handelsbezogener EZ gespeist werden.

Grundsätzlich sind der Umfang und die zeitnahe Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen vom politischen Willen der EU-Mitgliedsstaaten abhängig. Dass dieser mitunter nicht besonders groß ist, zeigt die schleppende Reform der Ursprungsregeln, der fehlende Wille zur sofortigen Abschaffung aller Exportsubventionen und anderer handelsverzerrender interner Stützungen sowie der fehlende Wille, nichtreziproke Alternativen zu umfassenden regionalen Freihandelsabkommen zu entwickeln, wie es das Cotonou-Abkommen fordert. Hier hat die Bundesregierung, außer der Beteiligung afrikanischer Staaten, keine neuen Akzente während der EURatspräsidentschaft setzen können.

Quelle: VENRO, Stellungnahme zu den entwicklungspolitischen Ergebnissen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 (auch G74, C33)